Mittwoch, 28. März 1923. Einzelnummer 250 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 71.

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 7600.— in den Ausgabestellen 7800.— durch Zeitungsboten 8000.— am Postamt ..... 8500 — ins Ausland 10000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 160.— M. Reklameteil. 480.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M. „ Reklameteil 480.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Von einem polnischen Richter und von Hottentottengesetzen.

Die Deutsche Vereinigung im Sejm hat eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Handhabung des Richteramtes durch einen der Richter beim Bezirksgericht in Bromberg beschäftigt. Die Interpellation lautet in deutscher Übersetzung:

Durch die Presse geht eine Nachricht, welche noch durch besondere Eingaben belegt und unwidersprochen geblieben ist, die gegen die Handhabung des Richteramts bei dem Bezirksgericht in Bromberg die schwersten Bedenken aufkommen läßt. Hiernach hat der Richter Stajzkiewicz in einer Zivilprozeßsache, in welcher er den Vorsitz hatte, als er durch den Rechtsvertreter der einen Partei, den Rechtskonsulenten Albert Krause auf die Gesetzesbestimmungen aufmerksam gemacht wurde, erklärt:

„Die deutschen Gesetze sind Hottentottengesetze, sie gehen mich nichts an. Ich mache die Urteile nach meinem Willen."

Eine solche Erklärung eines Richters, der gehalten ist, nach den Gesetzen Recht zu sprechen, muß nicht nur in der gesamten Bevölkerung das Gefühl der Rechtsunsicherheit verbreiten, sondern verstößt auch gegen den Eid, in welchem er auf die im Staate geltenden Gesetze verpflichtet ist. Sie dient dazu, die Achtung vor dem Gesetz und danach auch gegen den Staat zu untergraben, der diese Gesetze für das ehem. preußische Teilgebiet als bindend anerkannt hat. Obwohl nun diese Äußerung auch dem Präsidenten des Gerichts zur Kenntnisnahme gekommen ist, wurde doch bis heute nicht gegen den Richter eingeschritten, und dieser amtiert noch immer in Bromberg.

Auch sonst hat derselbe Richter nach dem Bericht wiederholt gezeigt, daß er nicht gewillt ist, sein Amt unparteiisch auszuüben, wie es die Richterpflicht erfordert, sondern er hat ganz besonders auf die deutschstämmige sowie auch auf die polnische Bevölkerung, wenn sie sich eines deutschen Rechtsvertreters oder auch nur der deutschen Sprache bediente, einen unzulässigen Druck ausgeübt. So hat er in einem Falle, in welchem sich die Parteien durch den Rechtskonsulenten Krause vertreten ließen, geäußert: „Warum gehen Sie zu einem deutschen Vertreter? Sie als Pole müssen sich eines polnischen Vertreters bedienen; es gibt hier genug polnische Rechtskundige, sie brauchen deshalb nicht einem Deutschen die Taschen zu füllen." Ähnliche Vorgänge sollen sich mehrfach wiederholt haben. Es ist klar, daß hierdurch nicht nur die Interessen des in Frage kommenden Rechtsvertreters stark berührt werden, sondern daß auch in dem Rechtsschutz suchenden Publikum der Glaube an die Unparteilichkeit des Richterstandes verloren gehen muß.

In ähnlicher Weise ist der Richter Stafzkiewicz auch in Mietsstreitsachen aufgetreten, wobei festzustellen wäre, ob er zur Annahme dieser Tätigkeit beim Mietseinigungsamt auch die entsprechende schriftliche Genehmigung der Justizbehörde erhalten hat.

Derselbe Richter hat es nach einer anliegenden Beschwerde sogar fertig gebracht, Personen gegenüber, denen er zu ihrem Recht verhelfen sollte, zu erklären: **„Wenn Sie nicht polnisch sprechen können, dann haben Sie vor Gericht nichts zu suchen, dann sollen Sie nach Brandenburg gehen."**

Es ist dringend erforderlich, daß diesem unhaltbaren Rechtszustande sofort ein Ende bereitet wird.

Wir fragen daher den Herrn Justizminister:

1. **Sind ihm diese geschilderten Zustände bei dem Bezirksgericht in Bromberg bekannt, und welche Maßnahmen hat er hier bisher dagegen getroffen?**
2. **Welche Schritte gedenkt der Herr Minister zu ergreifen, um diesem unhaltbaren Zustande der Rechtsunsicherheit ein Ende zu bereiten?**

Warschau, den 24. März 1923. Die Interpellanten.

Wenn diese Vorfälle so, wie sie hier geschildert sind, wahr sind und wenn der Herr Richter Stafzkiewicz in der Tat die ihm hier vorgeworfenen und für einen Richter fast unglaublichen Aussprüche getan hat, — dann ist das ein Beweis für die dringende Notwendigkeit einer unablässigen Wacht an dem Recht derer, denen schon durch solche Aussprüche allein eine schwere Kränkung angetan wird: der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität.

Sikorskis Amnestievorlage.

Das Schreiben an den Sejmmarschall, in dem der Ministerpräsident die Annahme seiner Amnestievorlage aus Anlaß der Anerkennung der Ostgrenzen Polens empfiehlt (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 70) lautet:

„Die Anerkennung der Ostgrenzen der Republik bedeutet ein historisches Ereignis, durch das die letzte Episode der Festigung des Bestehens des polnischen Staates beendet wurde. In diesem freudigen Augenblick der Gestaltung und des ruhigen Zusammenlebens der Bürger an den Grenzen der Republik muß man den Vorhang des Vergessens vor eine Reihe von Taten ziehen, deren Ursachen politische, religiöse oder völkische Motive waren. Die polnische Republik hat ihre staatliche Größe sowohl im Westen als auch im Osten nicht auf die Übermacht aufgebaut, sondern auf das brüderliche Hinzuziehen der ihr zugehörenden Länder und Völker. So soll es denn auch, wie der Oberste Chef Kosciuszko erklärte, „kein anderes Volk geben, das mehr geneigt ist, jedem seiner Bürger ohne Unterschied Gutes zu tun, als das polnische Volk, sobald es nur selbst seinen Willen zu tun die volle Macht hat." Der Beschluß der Minister ist deshalb in diesem wichtigen Augenblick im Geiste der allerschönsten Traditionen des polnischen Volkes und Staates. Infolge des Obengesagten und mit Bezug auf den Art. 47 der Konstitution habe ich die Ehre, im Namen der Regierung Ihnen, Herr Marschall, das beigefügte Projekt eines Amnestiegesetzes zu senden, welches Verbrechen berücksichtigt, die ausschließlich oder überwiegend infolge politischer oder religiöser Motive entstanden sind."

Der Text des Gesetzes lautet:

Art. 1. Zum Gedächtnis der Anerkennung der Ostgrenze der Republik werden der Vergessenheit anheim gegeben und verziehen Verbrechen, die den Strafgerichten, allgemeinen oder militärischen, sowie Administrationsbehörden unterliegen, in der Zeit vom 1. November 1918 bis 15. März 1923 geschehen sind und ausschließlich oder hauptsächlich aus politischen oder religiösen Motiven entstanden sind.

Art. 2. Die Vorschriften des Art. 1 beziehen sich jedoch nicht auf Verbrechen, die beruhen auf absichtlicher Tötung eines Menschen, oder einer dauernden und schweren Körperverletzung, oder auf böswilliger Schädigung fremden Eigentums, sowie nicht auf Verbrechen, die abzielen auf einen Sturz der Staatseinrichtung oder Hervorrufung politischen Umsturzes, sowie auf Spionage zugunsten fremder Staaten, oder das Einvernehmen mit Personen, die im Interesse fremder Staaten handeln.

Art. 3. Über die Anwendung des Art. 1 auf Personen, die im Auslande lebend, sich Verbrechen zuschulden kommen ließen, wie sie im Art. 1 vorgesehen sind und bis zum 15. März nicht in die Grenzen der Republik zurückgekehrt sind, entscheidet in jedem Einzelfalle der Ministerrat.

Art. 4. Strafen, welche für Taten verfügt sind, die der Amnestie unterliegen, werden aufgehoben. Gleichzeitig werden mit der Strafe die Folgen des strafgerichtlichen Vorgehens und die Aberkennung der Rechte auf Grund des Gesetzes selbst aufgehoben. Gerichtsverfahren werden bei Vergehen, die der Amnestie unterliegen, nicht eingeleitet und die bereits eingeleiteten niedergeschlagen.

Art. 5. Die Vorschriften der Art. 8, 12, 14 und 15 des Gesetzes vom 24. Mai 1921 werden entsprechend den Verbrechen angepaßt, die kraft dieses Gesetzes der Amnestie unterliegen.

Art. 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Art. 7. Die Durchführung dieses Gesetzes wird den Ministern für Justiz, Krieg und Inneres anheimgegeben.

Telegrammwechsel zwischen Sikorski und Bonar Law.

Am 17. März hat der Ministerpräsident Sikorski an den englischen Ministerpräsidenten Bonar Law folgendes Telegramm geschickt: „Die Entscheidung des Botschafterrates, die die Ostgrenzen Polens endgültig anerkennt und den durch so große Anstrengungen herbeigeführten Stand der Dinge festigt, erlaubt es Polen, sich ganz der Friedensarbeit im Osten Europas zu widmen, sowohl zum eigenen Wohle wie auch zum allgemeinen Besten. An diesem für uns so denkwürdigen Tage beeile ich mich, Ihnen, Herr Ministerpräsident, im Namen der polnischen Regierung auf Grund des einstimmigen Beschlusses des Sejms und des Senats den herzlichsten Dank an die königliche Regierung auszusprechen für die so wohlwollende Hilfe, die zur Lösung der Frage beigetragen hat und die Polen auch weiterhin bei der Erfüllung seiner friedlichen Sendung nicht fehlen wird." Sikorski.

Darauf erhielt Sikorski folgende Antwort: „Ich weiß Ihr Schreiben zu schätzen und glaube, daß die Konsolidierung Ihres Landes eine neue Zeit des inneren Friedens einleiten wird. Die Regierung Seiner Majestät des Königs hofft, daß die schon bestehenden Beziehungen zwischen Großbritannien und Polen sich weiterhin noch inniger gestalten werden." Bonar Law

Todesurteil gegen den Erzbischof Cieplak.

Das bolschewistische Gericht in Moskau fällte in der Nacht von Sonntag auf Montag das Urteil in dem Prozeß gegen Cieplak und die mit ihm angeklagten katholischen Geistlichen: Erzbischof Cieplak und Prälat Butkiewicz wurden zum Tode verurteilt, die Geistlichen Ejsmont und Szarmas zu zehn Jahren Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten wurden zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil soll innerhalb 72 Stunden nach seiner Verkündung vollstreckt werden, also Donnerstag früh.

Die Gerichtssitzung, in der das Todesurteil ausgesprochen wurde,

verlief nach der Darstellung der „Agencja Wschodnia" folgendermaßen:

Als der Verteidiger Konmodow die Anklagemethoden des Staatsanwalts Krylenko brandmarkte, wurde ihm Beifall zuteil. Einer der Angeklagten fragte Krylenko: „Wenn solche Methoden gegenüber den Katholiken in Rußland angewandt werden sollen, wäre es dann nicht gleich besser und ehrlicher, so etwas wie eine Bartholomäusnacht zu organisieren?"

Krylenko sagte an einer Stelle: „Ihr sprecht mir da von einem Kanon und von einem Papst, den wir nicht kennen." An einer anderen Stelle sagte er: „Ihr seid wie Spieler, deren Partei geschlagen ist. Jetzt müßt Ihr die Rechnung für ihr Spiel bezahlen."

Erzbischof Cieplak und Exarch Fiodorowicz erklärten, daß sie jedes Urteil als Fügung der Vorsehung mit Demut aufnehmen würden.

Der Gerichtshof zog sich um 4 Uhr nachmittags zur letzten Beratung zurück, verkündete aber das Urteil erst um 12½ Uhr nachts. Der Staatsanwalt hatte für sechs Kaplane Todesstrafe verlangt, für die übrigen je zehn Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof hat indessen nur den Erzbischof Cieplak und den Prälaten Butkiewicz zum Tode verurteilt.

Der Eindruck in Polen.

Der „Kurjer Poznański" schreibt zu dem Urteil: „Diese Nachricht muß das Herz eines jeden Polen mit tiefster Entrüstung erfüllen. Durch dieses barbarische Urteil, das allen göttlichen und menschlichen Gesetzen Hohn spricht, streichen sich die Sowjets selbst wieder einmal aus der Mitte der zivilisierten Völker aus und zeigen, was in Rußland in Wirklichkeit Freiheit des Gewissens und des Bekenntnisses ist. Diese von vornherein abgekartete Tat wird ein lautes Echo in der ganzen zivilisierten Welt finden und wahrlich nicht dazu beitragen, im Auslande Vertrauen zur Sowjetregierung zu erwecken, woran ihr in letzter Zeit so viel gelegen war."

Der Eindruck in Warschau.

Die Nachricht von dem Urteil hat in der Hauptstadt große Entrüstung hervorgerufen. Der „Kurjer Warszawski" versieht das drakonische Urteil mit folgendem Kommentar: „Wenn wir sagen würden, daß das Urteil eine Schmach ist, dann würden wir zu wenig sagen. Es ist der Gipfel, ist die Krone der fünfjährigen Politik, die dadurch, daß sie alle menschlichen Gesetze mit Füßen treten, durch Grausamkeiten und Verbrechen, durch Zynismus und durch Provokationen gegen die Kultur bereits unzählige Beweise ihrer monströsen Wildheit gegeben hat. Wenn dieses Urteil vollstreckt werden sollte, dann würde dies den Abgrund zwischen der zivilisierten Welt und Rußland noch weiter vertiefen. Die Namen der unschuldig hingemordeten Opfer würden dann neue Warnung und neues Losungswort werden. Die moralische Isolierung Sowjetrußlands würde eine noch größere politische Isolierung als die heutige zur Folge haben."

Maßnahmen der polnischen Regierung.

Die polnische Regierung erhielt die Nachricht von dem Urteil gegen den Erzbischof Cieplak am Montag in den Morgenstunden und benachrichtigte sofort den päpstlichen Nuntius Lauri, der dann eine Depesche nach Rom aufgab. Gleichzeitig hat das Außenministerium alle bei der polnischen Regierung akkreditierten Gesandtschaften von dem Urteil in Kenntnis gesetzt; die Gesandtschaften haben dann die Nachricht an ihre Regierungen weitergeleitet.

In diplomatischen Kreisen hat die Nachricht von dem Moskauer Urteil sehr starken Eindruck gemacht. Ministerpräsident Sikorski bat in den Nachmittagsstunden in Vertretung des Außenministers Skrzyński den russischen Gesandten Obolenski zu sich und überreichte ihm im Beisein des Chefs der Ostabteilung im Außenministerium, Łukasiewicz, eine Verbalnote mit einem sehr scharfen Protest gegen das Moskauer Urteil. In der Note wird betont, daß die polnische Regierung den Eindruck habe, daß die ganze Sache von der Sowjetregierung nur zu besonderen Zwecken inszeniert würde. In der Note heißt es u. a.: „Die polnische Regierung und die polnische Meinung verfolgt stets mit Unruhe und Aufmerksamkeit das Verhalten der Sowjetregierung gegenüber der katholischen Kirche in Rußland. Wir haben in dieser Frage unser Desinteressement nicht erklärt und erklären es auch heute nicht. Während des Cieplak-Prozesses haben Vertreter der Sowjetregierung dem polnischen Gesandten in Moskau erklärt, daß der Prozeß ausschließlich formale Bedeutung habe und mit keinerlei ernsten Konflikten drohe. Die Sowjetregierung ließ den Erzbischof Cieplak ein Jahr über auf freiem Fuße. Dann hat sie ihn vor zehn Tagen verhaftet und zum Tode verurteilt. Das beweist, daß der Prozeß von der Sowjetregierung inszeniert ist. Ich bin in diesem Augenblick nicht nur Chef der polnischen Regierung, sondern Sprecher der zivilisierten Welt, die den Gewaltakt verurteilt. Ich warne die Sowjetregierung und weise darauf hin, daß sie für die Vollstreckung des Urteils, das mit Gerechtigkeit nichts gemein hat verantwortlich sein wird."

Der polnische Gesandte in Sowjetrußland, Knoll, hat Tschitscherin ebenfalls eine sehr scharfe Verbalnote gegen das Moskauer Urteil überreicht.

In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der Austausch des Erzbischofs gegen einen beliebigen Kommunisten unzulässig sei, und daß dadurch die Kommunisten zu weiterer verbrecherischer Tätigkeit angeregt werden könnten.

Man weist ferner darauf hin, daß die Verhaftung des Erzbischofs Cieplak und der mitangeklagten Kaplane einige Tage nach dem Urteil gegen Toeplitz und Piwowarczyk erfolgt sei, so daß man den Eindruck habe, als ob zwischen diesen beiden Tatsachen ein enger Zusammenhang bestände.

Memel.

Ein Entwurf des Memelstatuts.

Als Ergebnis ausgedehnter Verhandlungen im Schoße einer Kommission, die aus den Herren Landespräsident Gailius, Landesdirektor Falk, Bürgermeister Grabow, Präsident der Handels- Kraus, Syndikus Meier, Konsul John, Gewerkschaftsführer Matzies und den Herren Tankus Stiklorus und Wannagaitis bestand, ist ein Entwurf ausgearbeitet und von allen zuständigen Stellen und Berufsständen im Landesdirektorium überprüft und mit gewissen Abänderungen angenommen worden. Herabgesetzt wurde die Optionsfrist von fünf auf drei Jahre; die Zahl der Einwohner auf die ein Abgeordneter kommen soll, wurde von 5000 auf 7500 heraufgesetzt.

Die Memeldelegation in Paris.

Die nach Kowno mit dem Entwurf gesandte Delegation hat sich von dort nach Paris begeben, wo der litauische Premier Galwanauskas und der Berliner litauische Geschäftsträger Sidzikauskas schon weilen.

Wie das „Memeler Dampfboot" erfährt, haben sich Freitag mittag Oberbürgermeister Dr. Grabow, der Präsident der Handelskammer Kraus, der Präsident der Landwirtschaftskammer v. Dreßler und Handelskammersyndikus Dr. Meyer nach Paris begeben, um als Sachverständige an der Beratung des Memelstatuts teilzunehmen.

Die erste Sitzung in Paris.

Im Pariser auswärtigen Amt fand am Sonntag die erste Sitzung der Delegierten Litauens und der Vertreter der alliierten Mächte zur Festlegung der Art der Anwendung des Memeler Status in der vom Botschafterrat bestimmten Form statt. Die erste Sitzung war der näheren Fühlungnahme unter den Delegierten gewidmet. Die nächste Sitzung soll am 1. April stattfinden.

Galwanauskas zur Memelfrage.

Der litauische Ministerpräsident hat dem Redakteur des „Petit Parisien" gegenüber sich folgendermaßen über die Memelverhandlungen ausgesprochen: Die von der Botschafterkonferenz festgesetzte Lösung sehe ein Statut für das Memelgebiet und ein Abkommen über den Transportverkehr zur See vor. Die Grundsätze hierfür wollte er im Einverständnis mit der Botschafterkonferenz festlegen. Das Memelgebiet sei stets Kleinlitauen genannt worden. (?) Während der Jahrhunderte, die Kleinlitauen dem Deutschen Reich angehörte, sei der übrige Teil Litauens dem Zaren unterworfen gewesen. Daraus erklärten sich die Unterschiede nicht nur im zivilen Recht, sondern auch im Unterricht und in der allgemeinen Entwickelung des Volkes sowie sogar im Charakter der Bewohner. Das Statut, das man jetzt ausarbeite, müsse Rücksicht auf die Unterschiede nehmen. Litauen treibe weder polen- noch deutschfeindliche Politik.

Aus Warschau.

In der Sonnabendsitzung des Sejm

wurde zunächst das Industriesteuergesetz in dritter Lesung angenommen. Dann wurde über die Senatsverbesserungen zum Gesetz über den Ausgleich der Stempelsteuern und der Steuer von Erbschaften und Schenkungen beraten. In der Abstimmung wurden die vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Verbesserungen angenommen. Zwei Verbesserungen bezüglich der Höhe der von der Steuer befreiten Erbschaften wurden mit 215 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Der Marschall gibt bekannt, daß das in dritter Lesung vom Sejm angenommene und gegenwärtig durch vom Senat beschlossene Veränderungen vervollkommnete Gesetz dem Ministerpräsidenten zur Veröffentlichung übersandt werden wird.

Es folgt die Fortsetzung der Verhandlungen über die Kredite für Ansiedler.

Abg. Hryckiewicz fordert gleichmäßige Behandlung der Ansiedler bei der Gewährung der Kredite.

Abg. Bryl: Die ruthenischen Vertreter haben mehrere berechtigte Vorbehalte erhoben und wenn sie fordern, daß die örtliche Bevölkerung einen entsprechenden Landanteil erhält, so werden sie in unserem Klub unbedingte Anhänger finden.

Das ganze Gesetz wird im Wortlaut des Ausschusses nebst folgender Resolution angenommen: 1. Zur Aufhaltung der Besiedelung neuer Gebiete, bis das Gesetz vom 17. Dezember mit dem Gesetz über die Bodenreform in Einklang gebracht worden ist; 2. zur Durchführung der Übertragung der parzellierten Grundstücke und Berichterstattung im Laufe von drei Monaten; 3. zur Erledigung von Eingaben über die Anleihe im Laufe von vier Wochen; 4. zur Erteilung von Baumaterialien vor allem an diejenigen Ansiedler, die keine Gebäude besitzen und ihr Land selbst bebauen.

Des weiteren wird eine Entschließung des Ausschusses angenommen, der Sejm möchte eine aus fünf Abgeordneetn bestehende Kommission zur Prüfung der Tätigkeit der Landämter wählen, die dem Sejm von ihrer Tätigkeit Bericht erstatten soll. Außerdem wird eine Resolution angenommen, die Regierung möge die Bedürfnisse der Bevölkerung im östlichen Kleinpolen berücksichtigen.

Das Gesetz von der Überweisung des ehemaligen Lemberger Sejmgebäudes an die Universität wird in zweiter Lesung angenommen. In Anbetracht des Protestes der Ukrainer wird die dritte Lesung zurückgestellt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Verhaftung des Erzbischofs Cieplak und 14 Geistlicher durch die Sowjets.

Es wird beschlossen, die Regierung aufzufordern, Schritte zur Befreiung der Verhafteten einzuleiten.

Abg. Wendziagolski begründet seinen Dringlichkeitsantrag über unrechtmäßige Landtransaktionen im Wilnaer Gebiet und die Nichtberücksichtigung der Eingaben der am meisten interessierten Bewohner durch das dortige Landamt.

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen.

Der Sejmmarschall wünscht den Abgeordneten fröhliche Feiertage und setzt die nächste Sejmsitzung auf den 12. April fest.

Senatssitzung vom 24. März.

Das Gesetz von den Gerichtskosten und den Gebühren in der Posener und Pommereller Wojewodschaft, sowie das Gesetz von der Amtssprache im Gerichtswesen und den Notariaten in diesen beiden Wojewodschaften wird ohne Änderung im Wortlaut des Sejmbeschlusses angenommen.

Man schreitet zur Aussprache über das Gesetz vom Zusatzprovisorium für den Staatshaushalt für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1923.

Senator Nowodworski erklärt, das gegenwärtige Gesetz habe zwei Sachen vermischt, nämlich die Erhöhung dieser und neue Kredite, die mit dem Staatshaushaltsprovisorium nichts Gemeinsames haben. In der Kommission habe der Antrag über die Bestätigung des Sejmgesetzes durch den Senat keine Mehrheit erzielt.

Senator Buzek: Die gegenwärtige Regierungsvorlage ist vollständig gerechtfertigt. Die Zusatzkredite zur Vervollständigung der verfügbaren Fonds des Außen- und Innenministeriums sind eine staatliche Notwendigkeit. Die erste Position wird durch die Anerkennung unserer staatlichen Grenzen, sowie die Durchführung der Unabhängigkeit der rechtgläubigen Kirche in Polen, die zweite durch außergewöhnliche Ausgaben zur Erhaltung der Sicherheit erklärt. Redner bittet um Annahme des Gesetzes ohne Änderungen.

Minister Grabski sagt, daß wir immer noch mit der polnischen Mark operieren. Erst wenn wir zur Zlotywährung übergegangen sind, wird das in Zloty berechnete Provisorium keine Vervollständigung erfordern.

In der Abstimmung wird das Gesetz mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen.

Weiter wird das Gesetz von der Ratifizierung des polnisch-italienischen Vertrages über die petroleumhaltigen Ländereien in Polen ohne Änderung angenommen, desgleichen das Gesetz von der Bevollmächtigung des Arbeitsministers zur Berufung einer außerordentlichen Schiedskommission zur Erledigung von Konflikten zwischen ländlichen Arbeitern und Arbeitgebern.

Zum Schluß wird das Gesetz von der weiteren Ausgabe von Banknoten der Landesdarlehnskasse bis zur Höhe von 1400 Milliarden und weiteren Krediten des Staatsschatzes in der Polnischen Landesdarlehnskasse bis zur Höhe von 1800 Milliarden, sowie das Gesetz über die von der Kommission vorgeschlagene Änderung der Verhandlungsordnung des Senats, um sie mit der Verhandlungsordnung des Sejm in Einklang zu bringen, angenommen. Zum 82. Artikel des letztgenannten Gesetzes wurde die Änderung angenommen, daß die Abwesenheit eines Senators infolge Urlaubs keinen Verlust der Bezüge nach sich ziehen wird.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Von der ukrainischen Sejmfraktion.

Der „Expreß Poranny“ meldet, daß in der vergangenen Woche im ukrainischen Klub die angekündigten Änderungen erfolgt sind. Der Verzicht des Abg. Wasyńczuk, der unter dem Druck der radikalen Elemente in der Partei erfolgte, führte zu der Wahl eines neuen Vorstandes mit dem Abg. Podhorski an der Spitze. In den Vorstand sind Vertreter radikal-nationalistischer Richtung eingetreten.

Weißrussischer und ukrainischer Einspruch gegen die Anerkennung der Ostgrenzen.

Ein Warschauer Sondertelegramm des „Dziennik Pozn.“ meldet: Weißrussische und ukrainische Organisationen sandten über Danzig eine Denkschrift an den Botschafterrat in Paris mit einem Einspruch gegen die Anerkennung der Ostgrenzen Polens. Angeblich sollen auch ukrainische Sejmabgeordnete dieses Protestschreiben unterzeichnet haben, doch wird diese Nachricht von den betreffenden Sejmklubs bestritten.

Die Festsetzung des Złotykurses.

Das Finanzministerium bereitet einen Gesetzentwurf vor, auf Grund dessen dieses Ministerium in bestimmten Zeitabständen den Kurs des Złoty als Berechnungseinheit im Verhältnis zur Polenmark bekanntgeben soll. In demselben Gesetz soll ein Artikel enthalten sein, der die Parteien zur Verrechnung in Złotys nach dem amtlichen Kurs ermächtigen soll. Als Grundlage für die Berechnung des Kurses des Złoty soll ein verkürzter Großhandelspreisindex dienen.

Die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre.

Der Ministerrat nahm in seiner Montagssitzung den Gesetzentwurf über die Besoldung der Staats- und Militärfunktionäre in endgültiger Abfassung an. Gleichzeitig gelangte ein besonderer Gesetzentwurf über die Besoldung der Richter und Staatsanwälte zur Annahme. Ferner wurde beschlossen, dem Ministerpräsidenten einen außerordentlichen Sparungskommissiar beizugeben. Seine Tätigkeit wird darin bestehen, die notwendigen Sparmaßnahmen in der Verwaltung sowie in den Staatsunternehmen und Anstalten zu treffen. Der Ministerrat erledigte zum Schluß eine Reihe von laufenden Angelegenheiten, vorwiegend finanziellen Charakters und bestätigte den Aufruf an die Bevölkerung der Ostmarken, der vom Regierungschef im Zusammenhang mit der Entscheidung des Botschafterrats erlassen werden soll.

Die Steuereinkünfte im Januar 1922 und im Januar 1923.

Das Finanzministerium veröffentlicht folgende Daten über im Januar dieses Jahres im Verhältnis zum Januar des Vorjahres aus dem Titel der direkten Steuern eingetriebenen Summen. Die einzelnen Posten sind in Tausenden Polenmark bezeichnet. Die ersten betreffen die Einkünfte im Januar des Vorjahres, die zweiten die im Januar des laufenden Jahres: Grundsteuer 154 811—850 395 Gewerbesteuer 119 387—4 714 656 Einkommensteuer 502 976—5 354 232 Kapital- und Rentensteuer 20 490 bis 118 341. Die Gesamteinkünfte betrugen 1 464 612 im Januar des Vorjahres und 14 088 293 im Januar des laufenden Jahres.

Berufungen in den Statistischen Hauptrat.

Nach einer Verordnung des Ministerpräsidenten vom 20. März sind die Posener Universitätsprofessoren Rutkowski und Nadobnik zum 21. April auf 3 Jahre zu Mitgliedern des Statistischen Hauptrates berufen worden. Außerdem sollen dem Statistischen Hauptrat je 2 Professoren der Warschauer Universität, der Krakauer Universität, der Lemberger Universität und ein Professor der Wilnaer Universität angehören. Ferner sind die Magistrate der Städte Krakau, Lemberg, Posen, Wilna und Lodz ermächtigt, bis zum 21. April je einen Vertreter in den Statistischen Hauptrat zu entsenden.

Der deutsche Volkstag in Lemberg.

Am Sonntag, dem 18. März, fand, wie schon berichtet wurde, in Lemberg die Hauptversammlung des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien“ statt. Es waren folgende Ortsgruppen vertreten: Angelówka, Baginsberg, Beckersdorf, Boryslau, Brigidau, Bruckenthal, Burgthal, Dornfeld, Einsiedel, Falkenstein, Heinrichsdorf, Hohenbach, Josefsberg, Josefów, Kaisersdorf, Konopkówka, Lemberg, Lewandówka, Lindenfeld, Machliniec, Mierów, Münchenthal, Neu-Burczyce, Neuhof b. Grodek Jag., Neu-Chrusno, Romanówka, Rosenberg, Rotenhan, Sapieżanka, Schönthal, Schumlau, Stanin, Stanislau, Stryj, Ugartsthal, Weißenberg, Wiesenberg und Zboiska. Aus den Gemeinden Einsingen, Hartfeld, Szczerzec, Unterwalden und Weinbergen waren Abgesandte erschienen.

Der Versammlung, die von Bundesobmann Dr. Ludwig Schneider geleitet wurde, wohnten unter anderm bei die Herren Senator Mayer, Sejmabgeordneter Domherr Klinke, Sejmabgeordneter Studienrat Krajczyrski, Sejmabgeordneter Somschor, der Generalsekretär des katholischen Volksbundes in Oberschlesien, Studienrat Otto Rathei, Pastor Kersten aus Wolhynien und ein Vertreter des Vereins deutscher Studierender aus Galizien in Wien, stud. theol. Hans Gajdzitza.

Das in Lemberg erscheinende „Ostdeutsche Volksblatt“ faßte das Gesamtergebnis der Tagung und die Stimmung, die unter den Teilnehmern herrschte, folgendermaßen zusammen:

„Der deutsche Volkstag vom 18. März l. Js. ist ein neuer Markstein in der Geschichte unseres Volksstammes. Wir sind überzeugt, daß er auch auf dem Wege der fortschreitenden Entwicklung unserer völkischen Einrichtungen und Organisationen ein Merkzeichen sein wird.

Hat die Beteiligung am Begrüßungsabende und dessen Durchführung in allen Freunden freudigen Mut aufkommen lassen, so stärkte der schöne Verlauf der Hauptversammlung die alten Mitarbeiter und gab neue Hoffnung denen, die schon ein wenig verzagt waren.

So wie nun die Natur nach langem Winterschlaf sich zu neuem Blühen und Gedeihen rüstet, so soll auch bei uns Deutschen in jedem Haus, in jedem Ort, in jeder Stadt neues frisches völkisches Leben erblühen. Was wir wollen und erstreben, ist kurz gesagt in den Worten, die uns der Dichter Karl Adam-Kappert widmete: „Was deutsch ist, muß deutsch bleiben.“

Wir sind überzeugt davon, daß es uns möglich und nicht verwehrt sein wird, in unserer Heimat auch innerhalb des polnischen Staates unsere kulturelle Eigenart zu pflegen und Muttersprache und deutsche Sitten zu bewahren. Wir Deutschen Galiziens haben zur Genüge den Beweis dafür erbracht, daß wir ein ruhiges, arbeitsames und staatstreues Volk sind, das immer seine Pflichten dem Staate gegenüber erfüllt. An der weiteren Entwicklung der Verhältnisse werden wir erkennen, ob Regierung und Behörden uns und unser Streben anerkennen, indem sie uns im Genusse unserer staatsrechtlich verbürgten Freiheiten und Rechte nicht stören. Daß wir uns diese unter keinen Umständen schmälern lassen werden und sie zu beanspruchen bzw. zu verteidigen bereit sind, das hat der Verlauf unseres Volkstages bewiesen.“

Die deutsch-sozialistische Bewegung in Kongreßpolen

Die Bromberger „Volkszeitung“ berichtet über die Entwicklung der deutschen Arbeiterpartei Polens, deren Hauptsitz Lodz ist.

Die Partei beschränkt ihre Tätigkeit nicht nur auf die Stadt Lodz, sondern wirkt auch in allen anderen Industriestädten Kongreßpolens. Die beiden Abgeordneten der D. A. P. (Kronigk und Zerbe) sehen es als ihre Pflicht an, mit den Wählern im ganzen Lande in stetiger Fühlung zu bleiben und veranstalten zu diesem Zweck Berichterstattungsversammlungen in allen Ortschaften.

Am 14. d. Mts. fand in Pabianice eine Versammlung geistiger und körperlicher Arbeiter aus den einzelnen Betrieben statt, auf der die beiden Abgeordneten über die Arbeiten im Sejm und die Lage der Arbeiterschaft referierten. Im Zusammenhang damit wurden organisatorische Fragen der Pabianicer Ortsgruppe der D. A. P. besprochen und die Wahl des Vorstandes derselben vollzogen.

Am Sonntag, dem 18. d. Mts. fand in Tomaszów, der zweitgrößten Industriestadt in Kongreßpolen, eine große Berichterstattungsversammlung statt, an der große Massen von deutschen Arbeitern teilnahmen. Abg. Kronig schilderte die Lage und die Arbeiten im Sejm. Er ging besonders auf die polnische Außenpolitik ein, kennzeichnete die militaristische Richtung, die durch das enge Bündnis mit Frankreich bedingt werde, und wies mit Nachdruck auf den Zwiespalt hin, der zwischen den wirklichen Bedürfnissen des Landes und des Volkes und der Politik der Regierung und der Sejmmehrheit herrsche. Die Stärkung der Arbeiterorganisation sei für alle das erste Gebot der Stunde. Abg. Zerbe berichtete eingehend über die wirtschaftliche Lage des Landes und über den Zusammenbruch der Finanzwirtschaft. Er beleuchtete die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung und kritisierte die diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung und das Verhalten der kapitalistischen und bäuerlichen Gruppen im Sejm. Er behandelte ferner sämtliche Steuerprojekte und wies auf die Tendenz derselben hin, die in der Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Arbeiterschaft bestehen. Mit einer kritischen Betrachtung des Sanierungsplanes schloß Abg. Zerbe sein Referat. Auch hier wurden nach der Versammlung organisatorische Fragen besprochen und die Wahl eines Vorstandes der Ortsgruppe der D. A. P. vollzogen.

In der nächsten Zeit veranstaltet die D. A. P. Berichterstattungsversammlungen in Zdunska-Wola, Aleksandrow, Zgierz, Ozorkow und Konstantynow.

Aus der polnischen Presse.

Ist die Veranstaltung von Messen in Polen wirtschaftlich zu wünschen?

Der „Dziennik Gdański“ wirft in einem längeren Wirtschaftsartikel die Frage auf, ob die Veranstaltung von Messen in Polen als einem Lande mit schwacher Valuta geboten sei. Er begründet seine bejahende Antwort folgendermaßen:

„Die polnischen Kaufleute und Fabrikanten aus verschiedenen Teilgebieten stammend, kennen sich gegenseitig nicht und haben ihre Absatzmärkte in den Teilungsgebieten verloren. Deshalb sind Messen in Polen für die polnischen Kaufleute notwendig, damit sie sich orientieren können, woher man etwas bekommen und wo man etwas verkaufen kann. Außerdem sind die Messen für das Ausland eine Revue der Produktivität der polnischen Industrie“.

Das Blatt stellt dann die Posener Messe, die ein städtisches Unternehmen ist, der Lemberger Messe gegenüber, die von einer Aktiengesellschaft organisiert wird, und hebt hervor, daß das Posener Messeamt, um nicht die ästhetische Seite des Unternehmens zu vernachlässigen, mit dem Posener Kunstrat zusammenarbeitet.

In seinen weiteren Ausführungen sagt der „Dziennik Gdański“ noch folgendes über die Posener Messe:

„Die auf den vorhergegangenen Messen gesammelten Erfahrungen werden Aussteller und Besucher noch mehr zufriedenstellen. Die Ausstellungsgegenstände werden zweckmäßiger untergebracht und der Bedarf an Hotels und Telephonen sorgfältiger gedeckt sein. Auf dem Ausstellungsgelände wird es zwei große Gastwirtschaften und vier Kaffeehäuser geben. Nach den Transaktionen und der Zufriedenheit der Aussteller zu urteilen, kann man auf 30 v. H. mehr Aussteller rechnen, als auf der 2. Posener Messe waren.“

Französische Hoffnungen und Sorgen.

Einige französische Blätter sprechen von der „Woche der Verhandlungsgerüchte“ und legen den Dementis, die zu erwarten gewesen seien, keine große Bedeutung bei. „Dementis regnen immer, wenn Streitfälle beendet werden sollen, oder eine der beiden Parteien das erste Wort sprechen soll“, schreibt das „Cablogramme“. „Aber das hält die logische Entwicklung (!) nicht auf. Wir haben den Vorteil, daß wir zunächst das Streitobjekt in der Hand haben. Auch wenn die erhofften Ergebnisse noch auf sich warten lassen, werden die Deutschen und ihre Freunde durch unsere Zähigkeit unruhig werden und allmählich eine Anknüpfung suchen. Mit diesem mageren Trost begnügt sich die Opposition nicht. Im „Echo National“ wird die Regierungspresse verhöhnt, die acht Tage lang von dem deutschen Verhandlungswillen sprach und in jedem dunklen Winkel einen Delegierten der Reichsregierung sitzen sah. „Die Lage ist ganz anders. Während in München der Präsident des Landtags dem Kanzler für seinen Widerstand dankt, muß im Pariser Parlament die Regierung in gewundenen Worten eingestehen, daß eine ungeheure Aufgabe mit unzureichenden Mitteln zu lösen versucht werden soll. Es ist klar, daß die Kammer nicht in die Ferien gehen kann, ohne sich gründlich über eine Politik ausgesprochen zu haben, die aus den verschiedenen Motiven von allen Menschen für unheilvoll gehalten wird.“ Das Urteil ist tendenziös übertrieben, aber im ganzen zutreffend. Die Zahl der Verteidiger des Ruhrunternehmens nimmt täglich progressiv ab. Der Kriegsminister Maginot gehört zu den wenigen, die noch immer glauben, daß der Erfolg sich mit Soldaten erreichen lasse. Er hat, wie gemeldet, gestern angekündigt, daß noch einmal 20 000 Mann in das Ruhrgebiet geschickt werden müssen, damit die Besatzungstruppen etwas mehr Ruhe haben. Die sozialistische Presse hält die Truppensendung für ein bedenkliches Zeichen. Die Gefahr von Zusammenstößen und Ausschreitungen werde durch eine Ansammlung von Truppen im fremden Lande vermehrt, ohne daß praktisch etwas erreicht werde. Für nützliche Arbeit seien die Soldaten eher ein Hindernis als eine Hilfe. Diese sehr richtige Bemerkung einer radikalen Zeitung ist das Gescheiteste, was heute in den Pariser Blättern über die Ruhrbesetzung zu finden ist. Ministerpräsident Poincaré hat nach dem Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ den journalistischen Vertrauten, die er nach wichtigen Kammersitzungen zu empfangen pflegt, kein Wort über die Ruhr gesagt, sondern nur über alle anderen Fragen.

Gegen Lord d'Abernon und Bradbury.

Im Pariser „Figaro“ erscheinen seit einiger Zeit mit drei Sternen unterzeichnete Artikel, für deren Verfasser nach dem Korrespondenten des „Berl. Tagebl.“ Poincaré selbst gehalten wird. Kürzlich enthielt ein Artikel eine Abrechnung mit England. Er macht zunächst Lloyd George den Vorwurf, er habe von Anfang an mit allen Schikanen, die ihm sein beweglicher Geist eingab, versucht, Frankreich zu hindern und zu täuschen. „Er hatte seine Gründe“, heißt es dann, „er wollte viel weniger Deutschland schonen als die Pläne der Finanzgesellschaft fördern, deren Wortführer er war. Von der Konkurrenz Frankreichs hatte das englische Geschäft nichts zu fürchten. Die englischen Geschäftsleute hatten Frankreichs wirtschaftliche Hilflosigkeit ebenso in Rechnung gestellt wie Deutschland die Verwüstung Frankreichs. Die Deutschen haben zerstört, Lloyd George und sein internationales Syndikat haben den Aufbau verhindert. Als Bonar Law Lloyd Georges Nachfolger wurde, hoffte man in Frankreich einen Umschwung. Bonar Law war zwar höflicher und loyaler als sein Vorgänger, aber seiner Politik lagen ganz dieselben Anschauungen zugrunde. Als Bonar Law erkannte, daß Frankreichs Wille unerschütterlich sei, hielt er es für besser, den Bruch zu vermeiden. Er blieb neutral und wartete ab. Wenn die Meinung der Welt sich geschlossen gegen Frankreich erklärt hätte, wie Lloyd George, seine Auftraggeber und Spießgesellen hofften, dann hätte England im Namen des Weltgewissens interveniert. Da aber die Aktion Frankreichs in allen Ländern durch gerechte Meinungen und denkfähige Politiker gebilligt wurde, (Das ist bewußte Irreführung der öffentlichen Meinun Frankreichs. D. Red.) hat die britische Regierung sich damit begnügt, uns Steine in den Weg zu werfen, und diese Haltung hat Deutschland zum Widerstand ermutigt. Noch jetzt zögert Berlin die unvermeidliche Entwicklung hinaus, weil es immer noch einen Bruch zwischen Frankreich und England erhofft. Aber Frankreich muß gewinnen, Frankreich wird gewinnen. Dann wird sein Sieg ihm in Deutschland eine Vorzugsstellung verschaffen, die allen egoistischen Plänen der englischen Händler ein Ende macht.“ Wenn Bonar Law beweisen wolle, daß er es ehrlicher meine als sein Vorgänger, so müsse er die beiden „Kreaturen“ Lloyd Georges entfernen, die noch im Dienste der Regierung sind: Lord d'Abernon und Sir John Bradbury.

Festnahme des Smeets-Attentäters.

Der unter dem dringenden Verdacht des Attentats auf Smeets gesuchte Mechaniker Karl Deutzmann ist in Köln von Beamten der staatlichen Polizei festgenommen worden. Er leugnet zwar, ist aber nach Mitteilung der Kriminalpolizei durch die Zeugen der Tat erkannt und überführt.

Aus dem Besetzungsgebiet.

Kommunistische Ausschreitungen. In Rotthausen, einer Stadt von über 35 000 Einwohnern, haben die Franzosen die Schupo vertrieben, so daß jetzt nur noch drei Kriminalbeamte den Sicherheitsdienst der Stadt „unter sich“ haben. Das ist durchaus nicht überraschend, da seit mehreren Tagen Rotthausen von Kommunisten terrorisiert wird. Die Kommunisten bekamen Zuzug aus allen kleineren und größeren Städten der Umgebung und übten ihre Tätigkeit auf Schacht I der Zeche Dahlbusch und des zugehörigen Verwaltungsgebäudes aus. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag umstellten sie die Verwaltungs-

gebäude und drangen in die Wohnung des Direktors Kesten ein, welchen sie ebensowenig fanden, wie die Beamten, welche in den umliegenden Verwaltungshäusern wohnen. Es wurde geschossen. Viele Personen wurden verletzt. Der Führer der ganzen Bewegung ist ein Russe namens Silverberg, der früher auf der Zeche beschäftigt war. Die Kommunisten gehen nach allen Regeln der Kunst vor, indem sie auch Bergleute, welche zur Nachtschicht erscheinen, nicht zu dem Schachtausgange durchlassen, wenn sie nicht das Stichwort kennen. — Die Stadt Rotthausen hat die Eigentümlichkeit, eine vollkommen bankrotte Stadt zu sein. Die Bevölkerung besteht fast ausschließlich aus Bergarbeitern. Ebenso wie in vielen anderen Städten des Ruhrgebiets, in denen die Schupoleute vertrieben sind, wird die Bewachung der Straßen bei Nacht durch Bürger ausgeübt, wobei diese den Unwillen der dortigen Kommunisten erregen. Diese Zustände sind natürlich eine Folge der Vertreibung der Schupo durch die Franzosen.

Neue Verhaftungen. Oberbergrat Arends in Buer, der Leiter der Bergwerksinspektion 1 der staatlichen Bergwerke, ist ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Recklinghausen gebracht worden. In Mainz wurden nach vorhergegangenen Haussuchungen heute bei der Besatzungsbehörde Direktor Will vom „Mainzer Anzeiger", Professor Schmidtgen, Direktor des Naturhistorischen Museums, und Rechtsanwalt Schwörer verhaftet.

Beraubung von Arbeitern und Arbeitslosen. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, haben die Franzosen 120 Millionen Mark Lohngelder aus den Wohnungen der Meister der Rheinischen Metallwerke, wo sie wegen der Besetzung der Lokomotiv- und Wagenbauwerkstätten ausgezahlt werden sollten, beschlagnahmt. Das Werk ist vollständig stillgelegt. — Als im Arbeitsamt zu Essen die Arbeitslosen ihre Erwerbslosenunterstützung in Empfang nehmen wollten, erschien plötzlich gegen 9½ Uhr eine Abteilung französischer Kriminalbeamten mit Soldaten. Da angenommen werden mußte, daß eine Beschlagnahme der Erwerbslosenunterstützungsgelder geplant sei, mußte die Auszahlung sofort eingestellt werden; das Geld ist den Franzosen nicht in die Hände gefallen. Hierauf stellten die Arbeitslosen die Forderung der Anerkennung eines Arbeitslosenrates.

Die Politik Oesterreichs.

Dr. Seipel in Italien.

Am Montag ist der österreichische Kanzler Seipel in Rom eingetroffen. Er hat sich weiter nach Mailand begeben, wo er eine Konferenz mit Mussolini abzuhalten gedenkt. In dieser Konferenz wird die Finanzlage Österreichs besprochen werden. Außerdem sollen alle aktuellen österreichischen und italienischen Fragen berührt werden, insbesondere die Frage des österreichisch-italienischen Handelsvertrages.

Deutschösterreich und die Ruhr.

In einer kürzlich abgehaltenen Wählerversammlung kam der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel auch auf die Vorgänge im Ruhrgebiet zu sprechen. Dabei führte er folgendes aus: „Man wundert sich im Auslande oft, daß sich unsere öffentliche Meinung so sehr mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Aber ich bin überzeugt, daß man uns, da es sich doch um Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut handelt, wenn wir teilnahmslos wären, deshalb in der Welt nicht mehr achten und lieben würde. Natürlich müssen wir Rücksicht auf unsere eigene Lage nehmen und darauf, wie wir dem ganzen deutschen Volke am besten helfen können. Alle nichtsozialdemokratischen Parteien haben erkannt, daß wir dem deutschen Volke am besten nützen, wenn wir danach trachten, das Deutschtum, das in Österreich siedelt, zu erhalten und durch die schweren Verhältnisse, die der Krieg und die Nachkriegszeit über uns gebracht haben, hindurchzuführen."

Politische Erklärung Ludendorffs.

In einer Zuschrift an die „Münchener Zeitung" und als Erwiderung auf Angriffe, die im „Regensburger Anzeiger", dem Organ des Abgeordneten Geheimrat Held, gegen ihn erfolgten, erwidert General Ludendorff, daß er nicht als „Gast", sondern auf Grund seines Rechts als Deutscher in Bayern wohne. Als Monarchist nehme er nicht Stellung gegen das Haus Wittelsbach und als überzeugter Christ nicht gegen den Katholizismus sowie als Deutscher auf Basis der Bismarckschen Verfassung nicht gegen die deutsche Freiheitsbewegung. Pflicht- und rechtmäßig wende er sich gegen eine Lockerung des Reiches.

Ein zeitliches Auseinanderfallen einzelner deutscher Länder Österreichs unter endgültiger Preisgabe Wiens sehe er als völkisch, politisch und wirtschaftlich unmöglich an. Er vertrete die zwar noch nicht spruchreife, aber klare großdeutsche Lösung der Anschlußfrage unter gleichzeitigem Anschluß Deutschösterreichs an das Reich. Welche Länder sich dabei mit Bayern vereinigen, sei Sache der Beteiligten.

Die Aufmerksamkeit des Volkes müsse allein auf die Politik der nationalen Würde, des nationalen Widerstandes gegen Frankreich und gegen jede von innen heraus und durch Verrat in jeglicher Form betriebene Sabotage gerichtet sein.

Keine Kabinettskrise in Wien. Bundeskanzler Seipel hat in einem Vortrag in Innsbruck ausdrücklich erklärt, daß er Gegner einer Koalitionsregierung sei, und zwar vor allem deshalb, weil er bisher von der Opposition noch nicht ein Bekenntnis zur Sanierung Österreichs erhalten habe. Damit sind die zahlreichen Gerüchte über eine angebliche Umbildung des Kabinetts Seipel als gegenstandslos gekennzeichnet.

Der Streit um die russische Botschaft in Wien. Der Konflikt der österreichischen Regierung mit der Moskauer Sowjetregierung, der wegen der Frage der Rückgabe des russischen Botschaftsgebäudes in Wien entstanden ist, hat sich verschärft. Die Sowjetregierung hat ihren Wiener Vertreter Alexander Schlichter nach Moskau berufen, und dieser ist bereits abgereist. Die deutschösterreichische Regierung weigert sich, das russische Gesandtschaftspalais der Sowjetregierung zurückzugeben, bevor ihr nicht das ehemalige österreichisch-ungarische Botschaftspalais in Petersburg zurückgegeben und der an dem Gebäude angerichtete bedeutende Schaden ersetzt wird. Der Gesandte Schlichter dürfte nicht mehr auf seinen Wiener Posten zurückkehren.

Ablehnung türkischer Forderungen.

Die Orientsachverständigen haben die Beratungen über den Gesamtbericht über die neue Orientkonferenz fortgesetzt. Der Ausschuß für politische und juristische Fragen hat die türkischen Forderungen bezüglich einer Änderung der im Lausanner Entwurf vorgesehenen Maritza-Grenze zwischen der Türkei und Griechenland abgelehnt. Der Finanzausschuß lehnte die Forderung der Türken, die Türkei von der Anteilnahme an den aus der Garantie der ottomanischen Schulden sich ergebenden Kosten teilweise auszunehmen und diese Frage nicht dem ständigen internationalen Gerichtshof vorzulegen, ab. Der Wirtschaftsausschuß arbeitete eine ganze Reihe von Verbesserungen für die Wirtschaftsklauseln aus und beschloß, den Alliierten vorzuschlagen, die Interventionsrechte der türkischen Regierung im Interesse ihrer Konfessionsgenossen außerhalb der türkischen Grenzen auf ein Minimum zu beschränken.

Angora drängt auf eine neue Orientkonferenz.

Adne Bey hat den Oberkommissaren der alliierten Mächte erklärt, daß in Angora große Ungeduld herrscht. Die Regierung von Angora steht weiter auf dem Standpunkte, daß eine schnelle Festlegung des Termins und des Sitzungsortes der neuen Orientkonferenz dringend notwendig ist, und daß jede weitere Verzögerung ernste Folgen haben könnte.

Die kleine Entente und die Londoner Orientkonferenz.

Der Prager Presse wird aus Paris gemeldet, daß an der Londoner Orientkonferenz auch die Vertreter der kleinen Entente teilnehmen werden, da auf Grund des Artikels 155 des in Lausanne eingebrachten Vertragsentwurfes das Recht des Beitrittes zum Vertrage mit der Türkei von Tschechen und Polen reklamiert wird. Die Türken haben die Aufhebung dieser Bestimmung gefordert.

Sowjetrußland.

Wer wird Lenins Nachfolger?

Die amtliche russische Telegraphenagentur dementiert die Nachricht, daß Kamieniew-Rosenfeld Nachfolger des Präsidenten der Volkskommissare geworden sei.

Ein radikaler Kalenderreformvorschlag.

Im Zusammenhang mit der Verordnung der Sowjetregierung über Aufhebung aller Kirchenfeiertage legte der Moskauer Professor Stepanow einen Kalenderreformentwurf vor, der eine Einteilung des Jahres in 60 Wochen mit je fünf Arbeitstagen und einem Ruhetag (das soll der Montag sein) vorsieht. Außerhalb dieser Wochen sollen fünf kommunistische Festtage stehen.

Vom Auslandsdeutschtum.

Das deutsche Theater in Czernowitz

ist vollständig zusammengebrochen. Nachdem die rumänischen Studenten durch ihre Theaterversammlung dem deutschen Theaterdirektor Popp das ihm vertragsmäßig zustehende Spielen im rumänischen Nationaltheater „verboten" hatten, begab sich sowohl die Deputation der Studenten, wie auch diejenige des Deutschen Theatervereins, der ja eigentlich die Spielkonzession besitzt, nach Bukarest, um dort zu verhandeln. Direktor Popp reichte sofort seine Schadenersatzklage ein, mußte aber, da er einige Tage fruchtlos verhandelte, telegraphisch seine sämtlichen Engagements für gelöst erklären, da er nicht in der Lage war, Gehälter bezahlen zu können. Die beschäftigungslos gewordenen Künstler wandten sich nun durch den Theaterverein an den Generaldirektor des Theaters, Berariu, der den Künstlern die Genehmigung gab, im Theater zu spielen. Die Künstler spielen nun einstweilen in eigener Regie und auf eigene Rechnung im Nationaltheater, wogegen die Herren Studenten anscheinend zunächst nichts einzuwenden haben. Hoffentlich können die deutschen Künstler mit Unterstützung der gesamten Bevölkerung ihr Vorhaben durchführen, damit wenigstens das Schlimmste von ihnen abgewendet bleibt. Auch die Vermittlung des Vorsitzenden der deutschen Parlamentsfraktion, Dr. Hans Otto Roth, hat bisher kein der deutschen Sache günstigeres Resultat erzielen können. Die rumänischen Studenten in Czernowitz sind eben mächtiger als die Zentralgewalt. Sie, die erst kürzlich durch ihre antideutsche und antisemitische Haltung den ersten Gelehrten des Landes, Professor Jorga, zum Rücktritt veranlaßten und zwangen, fühlen sich ganz Herren der Lage und lassen sich auch von Bukarest aus nichts dreinreden. Haben sie doch, wie die „Czernowitzer Allgemeine Zeitung" mitteilt, in Bukarest durch ihre Deputation vom Finanzministerium bereits erreicht, daß der Antrag, oder besser gesagt die Forderung der Studentenversammlung auf Gewährung von 1½ Millionen Lei für die Errichtung eines ständigen rumänischen Theaters in Czernowitz telegraphisch zugesagt wurde. Damit wäre dann das „Nationaltheater" (das mit deutschem, jüdischem und ukrainischem Geld gebaute!!) das ganze Jahr besetzt und der deutschen Truppe auf jeden Fall der Boden entzogen! Die Schadenersatzforderungen des deutschen Theaterdirektors, dessen mit der rumänischen Regierung geschlossener Vertrag durch die Studenten mit Füßen getreten wurde, bleiben unerledigt.

Deutsches Reich.

Verhaftung von Verschwörern.

Die von der Berliner politischen Polizei in der Hochverratssache Roßbach und Genossen zu Berlin und in anderen preußischen Städten angestellten Ermittelungen nähern sich ihrem Abschluß. Die Vorgänge und das umfangreiche an verschiedenen Stellen beschlagnahmte Material werden im Laufe des heutigen Tages dem Oberreichsanwalt nach Leipzig übersandt werden.

Die in Berlin von der Polizei festgenommenen Personen sind dem Richter vorgeführt; gegen sieben der Festgenommenen ist richterlicher Haftbefehl ergangen, nämlich gegen den Oberleutnant Roßbach, gegen den stellvertretenden Leiter der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Oberlehrer Professor Danicke, gegen den Major a. D. Snethlage, gegen Major a. D. v. Krogh, Major a. D. Schröter, gegen Bureauvorsteher Schulz und gegen den Arbeiter Alfred Herzog. Auch gegen zahlreiche in der Provinz von Berliner Beamten festgenommene Deutschvölkische sind richterliche Haftbefehle erlassen. Auch in Breslau wurde eine Anzahl Personen verhaftet. Auf Anordnung des Oberpräsidenten von Niederschlesien wurden festgenommen: der Ingenieur Erich Witt, Ingenieur Heinz Wüstinghausen, der Hauptmann Hanns Werner Irius, eine Frau Irmgard v. Reichenau, sämtlich aus Breslau, ferner ein Kaufmann aus Trebnitz und ein früherer Leutnant v. Tettenborn aus Berlin. Verschiedene durch die Polizei vorgenommene Haussuchungen hatten Erfolg. Die Verhaftungen liegen bereits mehrere Tage zurück, wurden aber erst jetzt veröffentlicht, um die schwebenden Ermittlungen nicht zu stören.

Der preußische Minister des Innern Severing hat am 24. März an die Oberpräsidenten folgendes Rundtelegramm geschickt: „Wegen drohender Unternehmungen radikaler Elemente erhöhte Alarmbereitschaft der Schutzpolizei überall anordnen. Ebenso ist größte Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei geboten. Erwarte gegebenenfalls schärfstes Zugreifen. Innenminister."

Die Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die Abgeordneten v. Graefe, Wulle und Henning hatten am Sonnabend bei dem inzwischen aus Süddeutschland zurückgekehrten Reichskanzler um eine Besprechung nachgesucht. Da Dr. Cuno stark in Anspruch genommen war, ist diese Besprechung auf den Sonntag verschoben worden. Dieselben Abgeordneten haben übrigens beim Untersuchungsrichter in Moabit beantragt, am Montag unter Eid vernommen zu werden, damit sie, wie sie erklären, die Haltlosigkeit der gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei erhobenen Vorwürfe restlos aufklären können.

** **Religionsdebatte im Reichstag.** Im deutschen Reichstag wurde kürzlich ein Antrag Dr. Everling (D. Vp.), die Reichsverfassung dahin zu ändern, daß jedes Kind am Religionsunterricht teilzunehmen hat, wenn nicht eine andere Willenserklärung des Erziehungsberechtigten vorliegt, dem Rechtsausschuß überwiesen. Dann beschäftigte sich das Haus mit den sächsischen Feiertagserlassen auf Grund zweier Interpellationen, die vom Zentrum und den Deutschnationalen eingebracht waren. Abg. Marx (Ztr.) begründete die Interpellation seiner Fraktion. Er schilderte die Schulkämpfe in Sachsen und verlangte ein Einschreiten der Reichsregierung. Der deutschnationale Abgeordnete Barth (Chemnitz) warf der sächsischen Regierung vor, sie arbeite bewußt darauf hin, die Religion und die Kirche zu vernichten. Der Reichsminister des Innern, Oeser, beantwortete die Interpellation. Er teilte mit, daß die meisten Streitfragen durch Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern bereits erledigt worden sind, daß diese Verhandlungen über die noch strittigen Fragen fortgesetzt werden, und daß, wenn keine Einigung zustande kommt, der Staatsgerichtshof angerufen werden müsse. In der Aussprache schieden sich die Geister nach der Weltanschauung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

** **Erhöhung der Berliner Milchpreise.** Die Milchpreise für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin werden nach der Erklärung des Magistrats mit Wirkung vom Montag, 26. März, wie folgt festgesetzt: für Vollmilch 800 Mark je Liter, für nach Berlin eingeführte Magermilch 400 Mark je Liter. Die Milchpreiserhöhung ist wie folgt zu erklären: Die Futtermittelknappheit auf dem Lande hat ein erhebliches Sinken der Produktion zur Folge gehabt; hieraus erklärt sich das gegenwärtig verminderte Angebot an Molkereiprodukten. Diesem verminderten Angebot steht aber augenblicklich, besonders infolge des Osterfestes, eine erhöhte Nachfrage gegenüber. Der Rest der Gesamterhöhung des Milchpreises entfällt auf Unkosten der am Berliner Milchverkehr beteiligten Kreise; so sind zum Beispiel den Meiereiarbeitern infolge von Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und dem Demobilmachungskommissar für März erhöhte Löhne zugebilligt worden.

** **500 Bochumer Kinder in Berlin.** Fünfhundert Ruhrkinder aus Bochum langten am Freitag morgen in Berlin an, um nach einem Rasttag weiter aufs Land befördert zu werden. Leider war der Transport nicht gut organisiert, es fehlte an Verpflegung und Unterkunft für die Kinder. Auf diese Nachricht stellte das „Berliner Tageblatt" sofort aus seiner Liebesgabensammlung 500 000 Mark zur Verfügung und setzte sich mit dem Roten Kreuz in Verbindung. Hundert Kinder fanden dann in der Baracke des Vereins für Kindererholungsheime im Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße gute Unterkunft und Verpflegung. Auch der Katholische Gesellenverein hatte in seinem Vereinshaus eine größere Anzahl Kinder untergebracht, andere waren in Familien versorgt worden. Nur für hundertunddreißig fand sich kein Quartier. Die Bahnverwaltung ließ nun einige Bahnwagen heizen, und die Kinder mußten darin schlafen. In vorbildlicher Weise sorgten die Postbeamten für die Kinder, als es am Morgen an Frühstück fehlte. Vom Bahnpersonal wurden für Verpflegung 16 000 Mark gesammelt. Heute abend setzen die Kinder ihre Reise fort.

** **Beendigung eines Konflikts in der Industrie Oberschlesiens.** In Deutsch-Oberschlesien wurde der schon längere Zeit andauernde Konflikt der Industriearbeiterschaft mit den Arbeitgebern beigelegt. Dieser Konflikt hatte ausgesprochen politischen Charakter; wirtschaftliche Motive spielten keine Rolle. Die Arbeiterschaft wandte sich gegen die überhandnehmende staatsfeindliche Tätigkeit illegaler Verbände, die durch einen Teil der Industriellen unterstützt wurden. Mit Rücksicht auf die außenpolitischen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches wurde der Kampf beigelegt, nachdem die Industrie erklärt hatte, sie unterstütze und fördere keine illegalen Organisationen mehr und die Gewerkschaften ihre erhobenen Anklagen zurücknahmen.

** **Hohe Butterpreise in Thüringen.** Die thüringische Regierung hat Richtpreise für Butter herausgegeben, die sich um 4000 Mark für das Pfund bewegen. Die Dampfmolkerei Achelstaedt gibt bekannt, daß sie sich infolge der Höchstpreise gezwungen sieht, den Betrieb einzustellen.

Aus aller Welt.

Stinnes in Rom. Die „Expreß-Korrespondenz" meldet, daß Stinnes' Reise nach Rom in Berliner politischen Kreisen einen sehr großen Eindruck gemacht habe. Stinnes hielt mehrere Konferenzen mit Mitgliedern der amerikanischen Delegation ab, die am internationalen Kongreß der Handelskammern teilgenommen haben. Besonderes Interesse erweckt die Konferenz Stinnes' mit dem amerikanischen Stahlkönig Gryhom, der seinerzeit vom italienischen König und vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen worden ist. Deutsche Handelskreise erklären, daß der Aufenthalt Stinnes' in Rom privaten Charakter trage.

Cecils Amerikareise. Lord Robert Cecil, der im Begriffe ist, den Vereinigten Staaten einen Besuch abzustatten, erklärte einem Vertreter des „Manchester Guardian", er gehe nicht nach Amerika, um für den Völkerbund besonders zu agitieren, aber er glaube, in Amerika würden mancherlei Befürchtungen bezüglich des Völkerbundes gehegt, die bald verschwinden würden. Die Hilfe der Vereinigten Staaten sei für die wirtschaftliche Rettung Europas notwendig, und er könne nicht annehmen, daß das amerikanische Volk es ablehnen werde, im gegebenen Augenblick seine Hilfe zu leihen, oder daß es auf die Dauer ablehnen werde, sich mit den noch wichtigeren, in Frage stehenden Dingen zu befassen.

Senator Borah bemüht sich um die Anerkennung Sowjetrußlands in Amerika. Senator Borah setzt seine Bemühungen zur Anerkennung Sowjetrußlands durch die Vereinigten Staaten eifrig fort. Kürzlich sprach er in einer großen Versammlung in Newyork über dieses Thema.

Konferenz der britischen Dominions. Alle englischen Dominions mit Ausnahme von Neuseeland antworteten auf die Einladung der englischen Regierung wegen Einberufung einer Reichskonferenz, die in London noch vor Jahresschluß stattfinden soll. Für Neuseeland ist es infolge der unsicheren Lage des Kabinetts Massey schwierig geworden, eine Antwort zu erteilen. Indien drückte den Wunsch aus, daß die Konferenz noch vor dem 1. Oktober stattfinden möge.

Rücktritt des chinesischen Außenministers. Wie der „Matin" aus Peking meldet, hat der Außenminister Huang Fu demissioniert, und zwar wegen der Angriffe, die gegen die Regierung gerichtet wurden, weil sie in der Frage der Aufhebung der 21 japanischen Forderungen keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt habe.

Mittwoch, 28. März 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 71.

Der Marienburger Mord vor dem Elbinger Schwurgericht.

III.

* **Elbing**, 24. März. Am Donnerstag, dem dritten Verhandlungstage, wurde die **Zeugenvernehmung** fortgesetzt. Fabrikant **Siebold** aus Herford bekundet, daß er Reiß nach der Beerdigung mit seinem Vater auf dem Bahnhof Bielefeld getroffen habe. Reiß erzählte damals in ruhigem Tone, daß seine Frau von der Straße aus erschossen sei, und zwar müsse der Mörder die Waffe auf den Pfahl der Straßenlaterne gestützt haben. Hiervon hat der Angeklagte bisher nichts erwähnt. Zeuge Polizeibetriebsassistent **Weiß** sagt aus, daß er um 1 Uhr nachts aus seiner Wohnung geholt worden sei. Er sei zur Mordstelle geeilt und habe dort Reiß und dessen Frau, die auf dem Bette lag, vorgefunden. In der Stube, in der Nähe des Fensters, befand sich eine Blutlache. Er berichtet dann von der Festnahme der Eisenbahnschlosser. Ein Schupobeamter sei später zu ihm gekommen und habe gesagt: „Da ist auch die Hülse, die Reiß draußen gefunden hat." Er sei daraufhin stutzig geworden und habe den Verdacht gehabt, daß **Reiß möglicherweise der Mörder sei**. Zeuge weist nach, daß die Lage der Wohnung, die mondhelle Nacht u. a. für ein Attentat von draußen nicht sehr günstig waren. Außerdem hätte ein Attentäter Reiß bei einer anderen Gelegenheit ermorden können. Der Leiter der waffentechnischen Versuchsanstalt, **Preuß**, wird befragt, ob es möglich wäre, was Reiß zu dem Fabrikbesitzer Siebold von dem Aufstützen der Schußwaffe am Laternenpfahl erzählt habe. Zeuge erklärt, daß ein Verbrecher beim Schießen nicht anlegen, dazu wohl auch keine Zeit haben würde.

Es folgt dann die Vernehmung der **Schutzpolizeibeamten**, die nach den Schüssen und Hilferufen zur Mordstelle eilten. Die Schutzpolizei weilte in der nahegelegenen Infanteriekaserne. Polizeiwachtmeister Kiesling hat vier Schüsse gehört und sah dann den Angeklagten am Fenster seiner Wohnung stehen. Da er keine Waffe bei sich hatte, nahm er die des Reiß, die auf dem Tische lag, und ging hinaus, um die in der Nähe befindlichen Anlagen nach dem mutmaßlichen Mörder abzusuchen. Später stellte er fest, daß die Waffe ungeladen war. Von ihm sind die Schlosser Kowalewski und Lettau verhaftet worden. Die Polizeiwachtmeister **Gabriel** und **Wiesner** sagen aus, daß sie den Platz vor den Fenstern nach Hülsen durchsucht haben. Sie haben drei Hülsen gefunden. Als R. dann später herauskam, fand er an der Laterne eine Hülse, die aufgerissen und geschwärzt war. Darauf sagte Reiß: „Das ist die Hülse von der Patrone, mit der meine Frau erschossen worden ist." Polizeioberwachtmeister **Wiens** gibt an, daß Reiß bei seinem Eintreffen vor der Tür stand und ihm in die Arme fiel. Er habe einen sehr gebrochenen Eindruck gemacht. Polizeihauptmann **Odebrecht** bekundet, daß Reiß nach dem angeblichen Bombenattentat zu ihm gekommen sei und um polizeilichen Schutz gebeten habe, der ihm auch gewährt wurde. Nach acht Tagen wurden die Beamten zurückgezogen, und dann ereignete sich der Mord. Der Kriegsinvalide **Budinski**, der die naheliegende Kaserne bewachte, gibt zu, Schüsse gehört zu haben. Ferner hat er bald darauf zwei Leute auf der Straße gesehen, die zu sich sagten: „Franz hat's gemacht!"

Es folgt eine eingehende Vernehmung der **acht Schlosser der Eisenbahn-Nebenwerkstätte**. Sie geben an, in der fraglichen Nacht im Zanderschen Lokal in der Wilhelmstraße die Nachfeier der Hochzeit des Schlossers Semerau bei Bier und Schnaps gemütlich begangen zu haben. Ziemlich animiert hätten sie dann den Heimweg angetreten. In der Nähe der Zigarrenfabrik von Loeser und Wolff hätten einige von ihnen Schüsse gehört. Schlosser **Dettmer**, der früher Stadtrat war, weiß sich auf das Ereignis nicht mehr zu entsinnen, da er nach dem Verlassen des Lokals sehr betrunken war. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher er die Verletzungen am Kopf und an den Händen gehabt habe, gibt der Zeuge an, er wisse es nicht; es sei möglich, daß er gefallen sei.

Die acht Zeugen waren bisher nicht vereidigt worden. Der Oberstaatsanwalt stellte jedoch den Antrag, die Vereidigung vorzunehmen, da kein Verdacht besteht, daß sie den Mord begangen hätten. Die Verteidigung stellt dagegen den Antrag auf Nichtvereidigung, der jedoch vom Gerichtshof abgelehnt wird.

Der Angeklagte machte am Freitag, dem vierten Verhandlungstage, einen sehr abgespannten Eindruck und nahm an den Verhandlungen nicht so regen Anteil wie bisher. Als erster Zeuge wurde Landjäger **Arndt** aus Braunswalde vernommen, der bei dem Schlosser Fechner eine Pistole beschlagnahmte. Die Waffe ist nach seiner Aussage seit längerer Zeit nicht benutzt worden. Dann wird ein **Zuchthäusler** vorgeführt, der nicht weniger als 24 schwere Einbruchsdiebstähle verübt hat und eine Strafe von 15 Jahren Zuchthaus verbüßt. Es handelt sich um den Metzger **Köble** aus München, der von zwei Beamten vorgeführt wird. Auf die Mahnung hin, die Wahrheit zu sagen, erwidert der Zeuge, daß er den Eid verweigern könne, da er ja zehn Jahre Ehrverlust habe. Vorsitzender: „Sie können sich durch einen Meineid aber noch weitere 15 Jahre Zuchthaus zuziehen." Der Zeuge antwortet, das könne nicht eintreten, da er bereits die Höchststrafe verbüße. Er gibt dann folgendes an: Im Juli habe er mit acht Genossen verabredet, die Wohnung des Reiß zu plündern. Vor der Wohnung angekommen, habe er gesehen, wie ein Mann von der Straße aus auf eine am Fenster stehende Frau schoß. Auf Grund dieser und anderer Erzählungen seinen Zellengenossen gegenüber wurde er vernommen. Jedoch enthielten seine Angaben so viele Widersprüche bezüglich des Ortes der Wohnung usw., daß der Gerichtshof feststellte, daß man es mit einem Schwindler zu tun habe, der nur die Gelegenheit benutzen wollte, um einmal eine Reise nach Elbing zu unternehmen, vielleicht auch um Gelegenheit zu einem Fluchtversuch zu finden. Diese Vergnügungsreise dürfte der Staatskasse etwa 300 000 Mark kosten. Zeugin Frau **Dreßler** sagt aus, daß der Angeklagte in Gegenwart anderer die Leiche seiner Frau mehrmals aufgerichtet und angerufen habe, sie möchte doch noch einmal die Augen aufmachen.

Wichtige Aussagen macht Major **Hüttmann**, früher in Marienburg, der in dem Nachbargrundstück wohnte. Er war noch vor der Tat nach Hause gekommen und hatte ein bis zwei Minuten vor den Schüssen am offenen Fenster gestanden, um nach dem Wetter zu sehen. Er hörte dann vier Schüsse fallen, die nach seiner Ansicht von Patronen mit rauchlosem Pulver stammten. Er hat weder vor noch nach den Schüssen ein Geräusch auf der Straße gehört und auch keinen Menschen gesehen.

Die **Eheleute Felke** haben, obwohl ihr Schlafzimmer nach der Straße zu lag, ebenfalls von einem Geräusch nichts gehört. Studienrat **Hildebrand** lag in der Mordnacht krank und konnte nicht schlafen. Er gibt an, erst einen Schuß gehört zu haben, dann einen Ruf: „Halt!" Nach drei bis vier Sekunden fielen drei Schüsse. Er stand auf und ging ans offene Fenster, konnte aber niemand sehen. Zeugin Fräulein **Mosiakowska**, von deren Eltern Reiß die Wohnung abgemietet hatte, hörte Reiß sagen, als die Eltern auf seinen Ruf nicht gleich kamen: „Ihr verfluchten Hunde, man müßte Euch alle niederknallen." Die weiteren Zeugen sagen fast übereinstimmend aus, daß vier Schüsse gefallen seien, und zwar sei zwischen dem ersten und den weiteren Schüssen eine kurze Spanne gewesen. Zeugin Frau Rittmeister **Joost** bekundet ferner, daß sie an der Ecke Birkgasse zwei Leute stehen sah, die angetrunken waren. Einer von ihnen sagte: „Komm doch nach Hause." Der andere erwiderte: „Ich habe doch noch Courage!" Die Leute gingen darauf nach dem Schützenhause zu. Vor den Schüssen hat sie kein Geräusch gehört. Eine **weitere Zeugin** will gehört haben, daß die Leute sagten: „Das Aas schreit noch." Dieser Ausruf ist noch von anderen Zeugen gehört worden. Die Zeugen Kaufmann **Sommer** und Mühlenbesitzer **Göhre**, die in der Birkgasse wohnen, geben an, daß die an der Ecke stehenden Leute, die sehr laut waren, auf die Hilferufe des Reiß nicht reagierten. Die Ausrufe: „Der Hund schreit noch" bezogen sich nach ihrer Ansicht nicht auf den Hilferuf.

Damit ist die Zeugenvernehmung beendet. Heute, Sonnabend, begab sich der Gerichtshof mit den Sachverständigen und den Geschworenen um 7 Uhr nach Marienburg zum Lokaltermin. Es soll am Zanderschen Lokal in der Wilhelmstraße begonnen werden, worauf die Straßen, die die acht Schlosser gegangen sind, passiert werden, um dann am Tatort weitere Feststellungen zu machen. Zu dem Lokaltermin sind die acht Schlosser, Polizeiassistent Weiß und eine Anzahl Schutzpolizeibeamten geladen. Montag werden dann die Sachverständigen zu Worte kommen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 27. März.

Die evangelische Heiligung des Karfreitags.

Der evangelische Preßverband schreibt:

Der **Karfreitag** ist in Polen kein gesetzlicher Feiertag mehr, aber als Todestag des Heilandes und darum als **einer der höchsten Feiertage der evangelischen Kirche** wird er durch besonders zahlreichen Besuch der Gottesdienste und durch die Teilnahme an den Abendmahlsfeiern in weiten evangelischen Kreisen gefeiert. Es steht zu erwarten, daß **Geschäfte, Banken, Gutsherrschaften und andere Arbeitgeber** an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen, um **ihren Angestellten Gelegenheit zum Kirchenbesuch zu geben**, und durch die **Arbeitsruhe** auch zur **äußeren würdigen Feier des Festtages** beizutragen, wie das an katholischen und jüdischen Feiertagen von jeher seitens der Angehörigen des betreffenden Bekenntnisses geschieht. Die evangelische Landessynode und zahlreiche Kreissynoden, zu deren Mitgliedern Vertreter aller Berufskreise gehören, haben in diesem Sinne sich wiederholt ausgesprochen und Aufrufe erlassen, sodaß auf eine weitgehende und äußere Heilighaltung dieses Feiertages bei allen Evangelischen zu hoffen ist.

Darüber hinaus steht nach den §§ 110 und 11 der polnischen Staatsverfassung den evangelischen Minderheiten in der Republik Polen das **Recht zur freien Religionsübung** und der **Befolgung der Vorschriften ihrer Religion** oder ihres Ritus zu. Daraus folgt, daß auch die **staatlichen Behörden** auf den **Karfreitag** als hohen Festtag der evangelischen Kirche **wenigstens gegenüber den Evangelischen Rücksicht** nehmen müssen. Dies ist seitens der Militärbehörde auch entgegenkommenderweise geschehen durch die Anordnung, **daß die evangelischen Soldaten des polnischen Heeres an diesem Tage von schwerem Dienst zu befreien sind**. Aber auch bei den **Kontrollversammlungen** und bei **gerichtlichen oder politischen Vorladungen**, die etwa für den Karfreitag erfolgen, empfiehlt es sich, die Behörde auf den Feiertag aufmerksam zu machen und um die Entbindung der Evangelischen von dem Erscheinen gerade an diesem Tage zu bitten.

Der neue Post- pp. Tarif.

Am 1. **April** d. Js. tritt der von uns bereits im Auszuge mitgeteilt, neue wesentlich erhöhte Posttarif in Kraft, dessen Hauptbestimmungen die folgenden sind:

a) **Inlandsverkehr.**

Gewöhnliche Briefe: Briefe bis zu 20 Gramm 500, über 20 bis 250 Gramm 1000, Amtsbriefe über 20 bis 2000 Gramm 1000 M.; **Postkarten:** a) einfache 300, b) mit Antwort 600 M.; **Drucksachen:** bis zu 50 Gramm 100, bis zu 100 Gramm 200, bis zu 250 Gramm 500, bis zu 500 Gramm 800, bis zu 1000 Gramm 1000, amtliche Drucksachen über 1000 bis 2000 Gramm 1000 M.; **Handelspapiere** (auch Manuskripte ohne Korrekturen): bis zu 250 Gramm 500, bis zu 500 Gramm 800, bis zu 1000 Gramm 1000 M.; **Muster und gemischte Sendungen:** bis zu 250 Gramm 500, bis zu 500 Gramm 800, bis zu 1000 Gramm 1000 M.; **Postanweisungen:** a) Manipulationsgebühr für jede Postanweisung 300, b) Anweisungsgebühr für je 10 000 M. 50 M.; **Wertbriefe:** 1. geschlossene Wertbriefe (durch den Aufgeber versiegelt): a) die Gebühr für einen gewöhnlichen Brief bis zu 20 Gramm 500, bis zu 250 Gramm 1000, b) Rekommandationsgebühr 1000, c) Wertgebühr für je 10 000 M. 500 M. 2. Für offene Wertbriefe wird die doppelte Gebühr erhoben; **Pakete:** bis zu 1 Kilogramm 1000, bis zu 5 Kilogramm 5000, bis zu 10 Kilogramm 10 000, bis zu 15 Kilogramm 15 000, bis zu 20 Kilogramm 25 000, für Sperrgutsendungen wird eine besondere Gebühr in der Höhe der halben Gewichtsgebühr erhoben. Für Wertpakete wird erhoben: a) die Wertgebühr für je 10 000 M. 50, b) bei Wertpaketen über 50 000 M. eine besondere Manipulationsgebühr pro Paket 2000 M. **Nebengebühren.** Rekommandationsgebühr 1000, Expreßgebühr 2000 M. Schriftliche Mitteilungen auf dem Blankett P. K. O. 300 M. Bei der Abgabe: Bestellungsgebühr für Geldbriefe, Postanweisungen und Scheckzahlungsanweisungen bis zu 100 000 M. 250, bis zu 300 000 M. 1000, bis zu 500 000 M. 2000, Reklamationsgebühr 500 M.

b) **Telegrammtarif.**

Das Wort 500, mindestens jedoch 5000 M., für dringende Telegramme die dreifache Gebühr.

c) **Auslandsverkehr.**

Gewöhnliche Briefe: a) nach der **Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn** bis zu 20 Gramm 800 M., für je weitere 20 Gramm 500 M. Gewöhnliche Briefe ins **übrige Ausland**: b) bis zu 20 Gramm 1000 M., für je weitere 20 Gramm 500 M. Das Gewicht darf 2 Kilogramm nicht überschreiten; **Postkarten:** a) nach der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn 450 M., b; ins übrige Ausland 600 M.; **Drucksachen und Zeitungen:** für je 50 Gramm 200 M.; **Blindendrucke:** für je 500 Gramm 100 M.; **Handelspapiere:** für je 50 Gramm 200 M., mindestens jedoch 1000 M. Höchstgewicht 2 Kilogramm; **Mustersendungen:** für je 50 Gramm 200 M., mindestens jedoch 400 M. Höchstgewicht 500 Gramm. Rekommandationsgebühr 1000 M. **Rückschein:** a) bei der Aufgabe 1000 M., b) nach der Aufgabe 2000 M. **Reklamationsgebühr** 2000 M., Expreßgebühr 2000 M. Grundsätzlich **müssen alle Briefpostsendungen** nach dem Auslande bei der Aufgabe völlig **freigemacht** werden. Ungenügend oder gar nicht freigemachte Sendungen werden den Aufgebern zwecks Ergänzung der Frankatur zurückgegeben.

Schlußprüfung der landwirtschaftlichen Winterschule Inowroclaw.

Die Schlußprüfung der **deutschsprachigen landwirtschaftlichen Winterschule Inowroclaw**, mit der das 30. Wintersemester abgeschlossen wurde, fand am Freitag, dem 23. März d. Js., in der Aula der städtischen Mittelschule statt. Über den Verlauf entnehmen wir einem Berichte des „Kuj. Bot." u. a. folgendes:

Recht erfreulich war es, daß auch diesmal wieder viele Gäste, besonders Eltern der Schüler und Gönner der Anstalt, sich eingefunden hatten. Außer dem stellvertretenden Vorsitzenden des

---

Der heilige Berg.

Roman von **Wilhelm Hagen**.

(57. Fortsetzung.)

„Wann gehst Du zu Broighem?" drängte Fernleitner den Freund, als Wildenbrunner zwischen den ersten Stämmen des Hochwaldes verschwand.

„Ich denke um die Mittagsstunde!" entgegnete Völker. „Und wenn es Dir recht ist, weihe ich vorher noch Emma in alles ein; denn sie würde ja doch merken, was im Gange ist und man kann ihr auch solche Dinge ruhig anvertrauen."

Der Dichter nickte Gewährung, erhob sich und hing das Gewehr um. „Ich will noch einen Gang über den Berg machen!" erklärte er Völker. „Bis Du weggehst, bin ich zurück!"

Damit verabschiedete er sich kurz von dem Freund und begann langsam den steilen Gipfelgrat empor zu klimmen.

Völker sah ihm nach, bis er in halber Berghöhe nach Süden abstieg und so den Blicken entschwand. Dann trat Völker ins Haus und begann sich langsam für den Besuch bei Broighem anzukleiden.

Als er nach geraumer Zeit im schwarzen Anzug wieder aus der Hütte trat, zerriß plötzlich ein kurzer scharfer Knall die Stille, dem vielfaches Echo von den Bergen folgte.

„Das war Fernleitner!" sagte Frau Emma zu dem Gatten.

Völker nickte und spähte die Gratschroffen entlang, ob der Schütze nicht irgendwo zum Vorschein käme; aber es dauerte noch geraume Zeit, bis Fernleitner sich langsam über die Abstürze bewegte, die steil nach Süden zu abfielen.

Völker ging ihm erwartungsvoll entgegen und gewahrte schon von weitem einen gewaltigen Raubvogel in Fernleitners Händen.

„Ein glücklicher Schuß!" rief ihm Fernleitner voll Stolz entgegen. „Meine Kugel hat ihn erreicht, als er eben auf ein wehrloses Gemskitz niederstoßen wollte. Und das soll mir eine gute Vorbedeutung für morgen sein!"

Völker beglückwünschte den Schützen und betrachtete sich die Beute, einen mächtigen Steinadler von riesiger Spannweite, den er von Fernleitner alsbald zum Geschenk erhielt mit den Worten: „Hier hast Du ihn! Stopfe ihn aus und hänge ihn als Wahrzeichen über Deine Hütte! Er soll Dich stets erinnern an den heutigen Tag!"

Völker bedankte sich herzlich und übergab den Vogel seiner Frau, die mit dem Präparieren erlegten Wildes Bescheid wußte; er selbst besprach mit Fernleitner noch rasch die Bedingungen, die er dem Grafen stellen sollte, und schritt eilfertig über das Geröllfeld hinweg dem Hochwald zu.

Fernleitner legte indessen gleichmütig Gewehr und Rucksack ab und nahm neben Frau Emma vor der Hütte Platz.

„Sie wollen also wirklich," begann diese das Gespräch, „den blinden Zufall zum Richter anrufen zwischen Ihnen und Broighem? Haben Sie auch bedacht, daß Ihr Einsatz der kostbarere dabei ist?"

Fernleitner sah ihr fest ins Auge. „Sie verkennen meine Motive!" sprach er hart. „Ich denke nicht an ein Gottesurteil, ich will töten, Frau Emma, in gesetzlich zulässiger oder wenigstens nach den Regeln der Gesellschaft erlaubter Form töten. Und ich weiß, daß ich ihn morgen töten werde, wenn ihm nicht ein Wunder das Leben rettet!"

„Sie sind furchtbar!" entgegnete die Frau, die ein leises Frösteln überfiel.

„Furchtbar, aber gerecht!" erwiderte Fernleitner. „Ein Mensch wie Broighem hat sein Recht auf das Leben verwirkt!"

„Wir wollen sagen: sein Tod bedeutet keinen Verlust für die Menschheit!" schränkte Frau Emma den Sinn seiner Worte ein. „Aber was soll aus Ruth werden."

„Auch für sie kann der Tod Broighems nur Befreiung sein!" erwiderte Fernleitner ruhig. „Denn es war alles andere eher als Liebe, was sie zu Broighem zog, und ich glaube, sie wird mir den Schuß danken, der ihn unschädlich macht!"

„Glauben Sie nicht an die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Ihnen und Ruth?" drang sie in ihn.

„Davon wollen wir lieber heute nicht sprechen, Frau Emma!" gab er nachdenklich zurück. „Die Wege des Schicksals sind dunkel, und es hat keinen Sinn, ihren Lauf mit dem Schein einer Taschenlaterne überschauen zu wollen. Aber wenn Sie gestatten, werde ich jetzt, bis Ihr Gatte zurückkommt, ein Stündchen ruhen. Mein morgendlicher Jagdausflug nach der durchwachten Nacht hat mich doch müde gemacht!"

Bereitwillig führte sie ihn in die große Kammer, die für ihn bereit stand; mit der ihm eigentümlichen Ruhe kleidete er sich aus und zwang sich zum Schlafe, bis der zurückkehrende Völker ihn weckte.

Dieser hatte inzwischen lange mit Broighem und seinen Zeugen verhandelt und einen Waffengang für den anderen Morgen zwischen den Stämmen des Hochwaldes vereinbart. Die Bedingungen waren schwer, wie Fernleitner es gewünscht hatte: bei kurzer Distanz sollte lediglich die Kampfunfähigkeit eines Gegners das Duell beenden.

Fernleitner war mit diesem Ergebnis vollauf zufrieden; während ihn am Vormittag noch manchmal eine gewisse Unrast gequält hatte, kam nun, nachdem die notwendigen Dinge geordnet waren, so etwas wie eine heitere Ruhe über ihn, die ihn auch nicht mehr verließ.

Voll ungeteilten Interesses besah er sich mit Völker dessen neueste Höhlenfunde, plauderte mit ihm über das bisherige Ergebnis seiner Forschung und scherzte mit Frau Emma.

Als ihn Völker fragte, ob er nicht irgendwelche letztwilligen Verfügungen niederlegen wollte, lehnte er lachend ab.

„Wozu?" meinte er übermütig. „Erstens weiß ich bestimmt, daß ich heil und gesund davonkommen werde! Und dann: Warum soll ich mir den Kopf darüber zerbrechen, wie sich meine Erben in ihren Raub teilen mögen? Nähere Anverwandte besitze ich nicht, für Ruth habe ich längst Vorsorge getroffen, und alles übrige interessiert mich nicht. Höchstens noch die Sorge um meine ungeschriebenen Werke, deren Ideen ich am liebsten einem begabten, aber einem jungen Dichter vermachen würde. Indes, das geht nicht, und so lasse ich lieber den ganzen Plunder unberührt liegen." (Forts. folgt.)

Schulkuratoriums, Stadtpräsidenten Dr. Krzymiński, waren der Hauptgeschäftsführer des Hauptvereins deutscher Bauernvereine, Kraft-Posen, Frau Direktorin Miller vom deutschen Lyzeum, der Direktor der polnischen landwirtschaftlichen Winterschule und mehrere Vertreter des landwirtschaftlichen Vereins „Kujawien“ erschienen.

Die Prüfung, die um 10 Uhr vormittags durch Herrn Direktor Baumann mit einer Begrüßung der erschienenen Gäste eröffnet wurde, gestaltete sich nach folgendem Plan: Ackerbau und Betriebslehre: Direktor Baumann, Pflanzen- und Obstbau: Landwirtschaftslehrer Bußmann, Allgemeine Tierzucht und Botanik: Landwirtschaftslehrer Meer, Chemie und Geometrie: Landwirtschaftslehrer Spahr, Polnische Geschichte: Mittelschullehrer Boguslawski, Polnische Sprache (Unterabt.): Mittelschullehrer Klimecki, Polnische Sprache (Oberabt.): Mittelschullehrer Gryczka. Nachdem das Prüfungsprogramm durch einige gut vorgetragene Lieder des Schülerchors seinen Abschluß erreicht hatte, ergriff der stellvertretende Vorsitzende des Schulkuratoriums, Stadtpräsident Dr. Krzymiński, das Wort. Mit warmen zu Herzen gehenden Worten drückte er in erster Linie dem Direktor der Schule und allen Lehrern der Anstalt den Dank des Kuratoriums für die aufgewandte Mühe und treue Pflichterfüllung aus. Sodann wandte sich Redner hauptsächlich an die Schüler, vornehmlich an diejenigen der Oberklasse, die nun für immer diese Schule verlassen. Er betonte, daß gewiß jeder von ihnen hocherfreut über die in der Prüfung und auch bei früheren Schulrevisionen erzielten Fortschritte und Leistungen sein könne. Dies zeige recht deutlich, daß die Schüler auch im späteren Leben bemüht sein werden, sich immer mehr für den Landwirtsberuf vorzubereiten. Er ermahnte sie aber auch, daß sie die erworbene Ausbildung nicht zur Grundlage eines falschen, eitlen Stolzes machen sollten. Vielmehr sollten sie die erworbenen Kenntnisse durch weiteren Fleiß und Umschau möglichst gut ausnützen und vermehren. Die polnische Sprache sei als Unterrichtsfach mit in den Lehrplan aufgenommen worden, damit auch die deutschen Landwirtssöhne sich in Zukunft besser als polnische Staatsbürger zurechtfinden könnten.

Anschließend hieran dankte Direktor Baumann dem Stadtpräsidenten für die warmen Worte. Gleichzeitig hob er hervor, daß er ganz besonders für das Bemühen und Wohlwollen der Wielkopolska Izba Rolnicza, des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine und des deutschen Schulvereins in Inowrocław den Dank der Schule an dieser Stelle aussprechen müsse.

Darauf verteilte Stadtpräsident Dr. Krzymiński an die vier besten Schüler der Oberklasse Prämien in Form von wertvollen Büchern und übergab jedem der Absolventen das von dem Präsidenten der Wielkopolska Izba Rolnicza unterzeichnete Abgangszeugnis.

Gegen ½1 Uhr war somit der offizielle Teil des Programms abgewickelt. Gleich darauf sammelten sich alle Schüler, das Lehrerkollegium, die Eltern der Schüler und die erschienenen Gäste im Stadtpark bei einer gemeinsamen Mittagstafel.

Das Endergebnis der Bromberger Handelskammerwahlen.

Das Ergebnis der Handelskammerwahlen ist nunmehr von der Wahlkommission endgültig festgestellt und bestätigt worden.

Es sind für den Stadtkreis Bromberg demnach folgende Kandidaten für die Gruppe Industrie und Bankwesen gewählt und bestätigt worden: Ingenieur Wdziękoński, Vorstand des polnischen Fabrikantenverbandes und Direktor der Firma „Kabel“, Maximilian Jankowski, Direktor der Firma „Blumwe und Sohn“, Thomas Baranowski, Direktor der Firma „Wisła“ und Karl Bauer, Direktor der Bank Stadthagen. Als Delegierte der Gruppe Handel wurden bestätigt: Sentkowski, Vorstand des Kaufmännischen Verbandes des Netzedistrikts, A. Lewandowski Vorstand des polnischen Kaufmännischen Verbandes, Bernhard Stark, Kaufmann und von Kalkstein-Osłowski, Inhaber der Firma Hartwig Kantorowicz, Probierstube.

Im Bezirk Gnesen ist eine gemeinsame Liste für Handel und Industrie aufgestellt worden. Wahlberechtigt waren 543 Personen, von denen nur 161 ihr Stimmrecht ausübten. Gewählt wurden: Kasprowicz, Inhaber der Likörfabrik Kasprowicz, Eduard Grabski, Direktor der Zuckerfabrik Gnesen, Gramse aus Wongrowitz und Wojewódzki aus Pakosch.

Im Bezirk Inowrocław wurden gewählt: Nehring, Direktor der Zuckerfabrik Montwy, Radomski, Kaufmann aus Strelno und Niedbalski, Direktor der Handelsfirma „Ziemia Kujawska“, Inowrocław.

Im Bezirk Nakel wurden gewählt Krysztkiewicz, Kaufmann aus Nakel und Kozłowski, Kaufmann aus Exin; im Bezirk Kolmar Ignaz Klessa aus Czarnikau.

Wie man das Vereinsleben am besten „fördert“.

Zehn Gebote zur Lahmlegung des Vereinslebens veröffentlichte das „Allgemeine Rechtsblatt“. Diese Gebote, die so recht die traurige Tatsache beleuchten, daß das Streben so manches allgemeinnützigen Vereins oft von seinen eigenen Mitgliedern verhindert wird, lauten:

1. Besuche keine Vereinsversammlungen. 2. Wenn du kommst, so komme zu spät. 3. Wenn das Wetter schlecht ist, so komme natürlich nicht. 4. Wird eine Versammlung vorbereitet, so erkläre die vorbereitenden Arbeiten des Vorstandes und der anderen Mitglieder für verkehrt. 5. Nimm nie ein Amt an, da es leichter ist, zu kritisieren, als selbst Arbeit zu leisten. 6. Trotzdem sei gekränkt, wenn du zur Mitarbeit im Ausschuß nicht aufgefordert wirst. Ist dies aber der Fall, so gehe nicht zu den Sitzungen. 7. Wenn der Vorsitzende dich um deine Meinung fragt, so sage, du habest nichts zu bemerken. Nachher erzähle allen, wie es hätte gemacht werden müssen. 8. Tue nur das absolut Notwendige, wenn aber andere Mitglieder selbstlos Zeit und Arbeit für die Sache einsetzen, so klage über Kliquenwirtschaft. 9. Bezahle deinen Beitrag möglichst spät oder überhaupt nicht. 10. Kümmere dich möglichst wenig um Werbung neuer Mitglieder. Laß dies Müller oder Meier tun.

Was von einer Zeitung verlangt wird.

In einer Kattowitzer Zeitung, dem „Volkswillen“, lesen wir nachstehende Ausführungen, die wohl jede Zeitung Wort für Wort als auch auf ihre Verhältnisse passend, bestätigen kann:

Von der Not der Presse ist so viel geschrieben und gesprochen worden, daß über die Lage im Zeitungsgewerbe eigentlich kein Zweifel mehr bestehen sollte. Wenn es noch irgend eines Beweises bedarf, so bietet ihn die monatlich anschwellende Liste der sterbenden und bereits gestorbenen Zeitungen wahrlich zur Genüge. Trotzdem verlangt man von der Zeitung, die die ungeheuren Kosten für Papier und alle Materialien tragen, ihre Angestellten und Gehilfen den Tarifen gemäß bezahlen muß, fortgesetzt Vergünstigungen, Ermäßigungen, Gratisleistungen. Bei der Aufgabe von Anzeigen verlangt man Rabatt, der heute in keinem Geschäftszweige üblich ist und einfach nicht getragen werden kann, weil kein Geschäft imstande ist, auf der einen Seite die riesenhaft gesteigerten Unkosten zu bezahlen und auf der anderen auf die notwendigen Einnahmen zu verzichten. Ferner müssen immer wieder die „Interessen der Allgemeinheit“ herhalten, um allerhand redaktionelle Voranzeigen, die nicht anders als die Umgehung einer Anzeige darstellen, kostenlos in die Zeitung zu schmuggeln. Vereine und Unternehmer von Veranstaltungen, die selbstverständlich Eintrittsgelder in die Tasche stecken, verlangen von der Zeitung kostenlose Reklame und spielen im „Interesse der Allgemeinheit“ die Empörten, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen werden kann. Daß sie jede Arbeitsleistung entschädigen müssen, halten sie für selbstverständlich, aber die Zeitung soll ihnen kostenlos Handlangerdienste leisten.

Noch schlimmer ist es mit den hundertfältigen Nachrichten über allerlei Wohltätigkeitsveranstaltungen. Wohltun ist eine schöne Sache, und die löbliche Absicht der Veranstalter soll keineswegs verkannt werden. Kann man aber von einem um seine Existenz ringenden Unternehmen erwarten, daß es im „Interesse der Wohltätigkeit“ Unkosten trägt, während andere Beteiligte ihre Entschädigung fordern? Wenn die Zeitung leben will, muß sie darauf sehen, daß zum allermindesten ihre baren Auslagen gedeckt werden.

X Die letzte Stadtverordnetensitzung vor Ostern findet morgen, Mittwoch, um 6 Uhr abends statt.

Auf der Tagesordnung stehen zumeist Wahlen und Titelverstärkungen. Die beiden wichtigsten Punkte sind: Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 290 Millionen für die Posener Messe. Beschluß eines Kredits für die Beendigung der Umdämmungsarbeiten auf der Schrodkaer Vorstadt.

Konfirmationsfeier in der hiesigen evangelisch-lutherischen Gemeinde. Am Palmsonntag, dem 25. März, fand in der hiesigen evangelisch-lutherischen Kirche die feierliche Einsegnung der diesjährigen 20 Konfirmanden statt. Unter freudigem Glockengeläut und brausendem Orgelspiel wurden die Konfirmanden vom Ortspfarrer, Pastor Dr. Hoffmann, und vier Kirchenvorstehern in die festlich geschmückte Kirche geleitet. Zu der sehr erhebenden Feier hatten sich soviel Kirchgänger eingefunden, daß viele keinen Platz mehr fanden. Die Feier nahm im großen und ganzen den üblichen Verlauf. Der Konfirmationsrede lag Phil. 2, 5--11: „Ein jeglicher sei gesinnet, wie Jesus Christus auch war . . .“ zugrunde, in der der Ortspastor seinen Konfirmanden besonders die Losung „Jesu nach“ ans Herz legte und sie vor allem zum Dienen und Treubleiben ermahnte. Besonders ausgeschmückt wurde die Feier durch den Solovortrag (Herr Wagner-Lodz) „Aus Deiner Hand“ (Arie von Giordani) und den vierstimmigen Gesang des Kirchenchors „Sei getreu bis in den Tod.“

Osterschießen in der Nähe der Gotteshäuser verboten. Nach einer Verordnung des Posener Wojewoden vom 11. April 1922 ist das Schießen an den Osterfeiertagen in der Nähe von Kirchen (nämlich in der Zeit der Auferstehung) mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ruhe während des Gottesdienstes verboten.

Die Deutsche Bücherei bleibt von Freitag, dem 30. März bis einschl. Dienstag, 3. April, geschlossen. Das Haftgeld wird der Geldentwertung entsprechend vom 1. April ab auf 5000 M. für zwei Werke erhöht. Die Leihgebühr beträgt für Mitglieder des Deutschtumsbundes, der Bauernvereine und der Deutschen Interessengemeinschaft 100 M. monatlich; andere Leser zahlen 500 M. monatlich. Bei Überschreitung der Leihfrist sind 10 M. tägliche Versäumnisgebühr außer Porto zu zahlen. — Die Teilnehmer an den Lesezirkeln werden gebeten, mit Rücksicht auf die Feiertage die Mappen schon am Mittwoch, dem 28. März, abzugeben. Die Ausgabe der neuen Mappen erfolgt am 29. März, bis mittags 2 Uhr. Der Vierteljahrsbeitrag für den Zeitschriftenzirkel wird vom 1. April auf 6000 M. erhöht. Für Abholen und Austragen der Zeitschriften innerhalb der Stadt sind vorläufig für April 2000 M. zu zahlen. Leser, die die Mappen selbst bringen, haben bei Versäumnis 1000 M. für den Tag Versäumnisgebühr zu zahlen.

Schlechte Ueberwinterung der Bienen. Die Ueberwinterung der Bienen ist, wie Bienenwirte mitteilen, sehr ungünstig gewesen. Auf manchen Ständen sind mehr als 50 v. H. der Völker eingegangen. Manche Bienenwirte haben sogar die ganzen Bestände eingebüßt. In den letzten Tagen flogen die Bienen stark.

X **Polizeiliche Lebensmittelrevisionen.** Das Starostwo Grodzkie teilt uns mit, daß im Februar an 96 Stellen Milchrevisionen vorgenommen wurden. 43 Milchproben wurden als der Fälschung verdächtig der chemischen Untersuchung unterzogen. Außerdem wurde eine Semmelprobe chemisch untersucht. Hinsichtlich der Reinlichkeit und Hygiene wurden 2236 Fleischverkaufsstellen, 48 Fleischerwerkstätten, 172 Fischverkaufsstellen, 86 Lebensmittelgeschäfte, 35 Konditoreien und Kaffeehäuser, 47 Gastwirtschaften, 14 Destillationen, 12 Molkereien, 16 Friseurstuben und 54 Bäckereien besichtigt. Auf Grund dieser Revisionen sind gegen 18 Milchhändler Strafverfahren angestrengt worden. Gegen 12 Geschäftsinhaber ist Strafantrag gestellt worden, weil sie ihre Waren nicht mit Preisen bezeichnet hatten. 2388 Liter Milch wurden wegen Fälschung beschlagnahmt.

X **Das geheimnisvolle Paket.** Auf dem hiesigen Postamt Posen W. 3 war dieser Tage aus Warschau ein unbestellbares Paket zurückgekommen, das vor einigen Tagen auf dem hiesigen Postamt I in der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstr.) aufgegeben und nach Warschau an St. Zaborowski, ul. Poznańska 5, adressiert war; als Absender war derselbe Name Zaborowski in Konojad, Kr. Kosten, angegeben. Da der Adressat in Warschau nicht aufzufinden war, wurde das Paket nach Posen an das Paketamt beim Postamt W. 3 zurückgeleitet. Hier erregte es durch einen penetranten Geruch, der von ihm ausging, die Aufmerksamkeit der Beamten, so daß man sich gestern vormittag dazu entschloß, das Paket zu öffnen. Man fand eine in Lumpen und Papier gehüllte, schon völlig in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes. Da der Absender wie der Empfänger nicht zu ermitteln sind, muß angenommen werden, daß die Namen fingiert sind. Alle Personen, die zur Aufklärung der Sache beitragen können, werden gebeten, dies bei irgend einem Polizeikommissariat zu tun. Bemerkt sei noch, daß das Paket aus einem braunen Pappkarton bestand, der mit hellgrauem Packpapier umhüllt war. Die Adresse war von einer schönen, ausgeschriebenen Handschrift geschrieben.

X **Unter dem Verdacht der Verübung von Schwindeleien** wurde heut der angebliche taubstumme 21jährige Stefan Pertkiewicz aus Lodz festgenommen, der angeblich im Auftrage des Invalidenverbandes eine Sammlung für Invaliden hier und in anderen Städten veranstaltet hat. Die Gabenliste weist eine ganze Anzahl Spenden auf. Die Liste hat er selbst unterschrieben. Der Sammler war mit zahlreichen höheren polnischen Kriegsorden geschmückt.

X **Kirchendiebstahl.** Sonntag nachmittag wurde aus der Sakristei der Dominikanerkirche in der ul. Szewska (fr. Schuhmacherstr.) ein Kelch mit einer Patene im Gesamtwerte von einer halben Million Mark gestohlen.

---

ba. **Bentschen,** 26. März. Auf Anregung des hiesigen Ortsvereins des Hauptbauernvereins hielt der Gartenbaudirektor Reißert aus Posen hier am 4., 5. und 6. d. Mts. einen Lehrgang im Obstbaumschnitt ab. In seinem einleitenden längeren Vortrage führte Herr Reißert in seiner bekannten fesselnden und launigen Weise in die Geheimnisse einer zielbewußten Obstbaumzucht ein, schilderte u. a., wie man jetzt von der früheren Liebhaberei in der Obstbaumzucht, die sich in der Anpflanzung möglichst vieler Sorten nicht genug tun konnte, zum rationellen Obstbau übergegangen sei, der seine Erfolge nur in der Massenanpflanzung möglichst weniger Sorten sähe und so in der Lage sei, den jetzt besonders in Äpfeln (Dauerobst) besonders auf-

Ein Beethovenabend und ein Wagnerabend

Der Musikberichterstatter einer in Posen erscheinenden polnischen Zeitung beginnt seinen Bericht über den Beethovenabend des „Kwartet Polski“ am Donnerstag der vergangenen Woche mit folgenden Worten:

„Bitterkeit führt mir die Feder, wenn ich an alle die denke, die Anspruch darauf erheben, zu den musikalischen Kreisen Posens gerechnet zu werden und dabei dem vierten Konzert des polnischen Quartetts, das ausschließlich dem Schaffen Beethovens gewidmet war, fernblieben. Wie sollte man solche Klagen unterdrücken, wenn an jenem Donnerstag der Saal des Evangelischen Vereinshauses so leer war, daß die Gekommenen sich schämen mußten. Früher, vor dem Kriege, in jenen glücklichen Zeiten, als man sich noch nicht lächerlich machte, wenn man sich mit Musik beschäftigte, waren wenigstens zwei Namen heilig, würdig, von allen anerkannt und füllten den Saal bis auf den letzten Platz: Beethoven und Wagner. Bei uns vielleicht noch Chopin, in Frankreich César Franck, in Rußland Tschajkowski, vor allem aber und überall in der ganzen Kulturwelt: Beethoven. Heute scheint für viele der Name dieses Titanen der klassischen Musik verblaßt zu sein. Er hat seine frühere Wunderkraft und Zauberkraft verloren, und nur noch ein kleines Häuflein von Enthusiasten verehrt seinen Namen, — von Enthusiasten, die daran glauben, daß die guten alten Zeiten zurückkehren werden und daß sie ihre große Mission an dem heutigen Volke erfüllen werden, an diesem Volke, das sich in Kabaretts, Tanzlokalen und Kinos herumtreibt und zurückgeführt werden muß zu den Altären der wahren, der großen Kunst.“

Der Mann, der so spricht, sieht die Dinge richtig, und sein Urteil ist nicht zu hart. Aber die Dinge, um die es sich hier handelt, haben noch eine für uns besonders betrübende Nebenseite. Es handelt sich um einen Beethovenabend. Wo waren die musikliebenden Deutschen, die man in diesem Konzert doch wohl als Zuhörer zu finden erwarten durfte? Wenn ich richtig gezählt habe, waren in dem erschreckend leeren Saal acht Deutsche. Vielleicht waren es einige wenige mehr. Viel mehr können es aber nicht gewesen sein. Und wie schön und wie wortreich wissen die, die nicht da waren, davon zu reden, daß man in Posen von aller Kultur abgeschnitten sei, daß man nichts höre und nichts sähe, daß man verbauere . . . und was solcher schöner Sprüche mehr ist.

Und der Abend war wirklich wert, besucht zu werden. Er bildete eine der wertvollsten musikalischen Veranstaltungen des jetzt zu Ende gegangenen Winters, der doch wahrhaftig an solchen Veranstaltungen reich genug war. Damit soll durchaus nicht gesagt werden, daß die Ausführung der drei gewählten Beethovenquartette (op. 18 Nr. 6 B-dur, op. 59 Nr. 1 F-dur und op. 127 Es-dur) in jeder Beziehung einwandfrei war und alle berechtigten Wünsche erfüllte. Gewiß hat die Quartettvereinigung andere Werke schon mit stärkerem Leben zu erfüllen gewußt (z. B. seinerzeit die Quartette der Russen), und gewiß ist es richtig (was mehr als einem der Konzertbesucher auffiel), daß gerade an diesem Abend die starke Vorherrschaft der ersten Geige über die zweite dieser Vereinigung besonders auffallend in die Erscheinung trat und so mancher Stelle in den gespielten Werken eine andere Farbe gab als die vom Komponisten beabsichtigte und manchen musikalischen Gedanken nicht ganz deutlich zur Geltung kommen ließ. Aber selbst wenn man diese Unvollkommenheiten kritisch feststellt, muß man zugeben, daß die Ausführung trotzdem durchaus vom Geiste Beethovens erfüllt war, — vom Geiste des elementarinnerlichen Musizierens, des Insichhineinhörens und Aussichherausfingens.

Wer die Konzerte des Polnischen Quartetts seit längerer Zeit besucht, der weiß, mit welcher künstlerischen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit die Herren Jahnke, Gonet, Szulc und Danczowski sich jedes Werkes annehmen, das sie vortragen, und er wird der Vereinigung Dank wissen, daß sie trotz des Undanks, mit dem das „musikalische“ Publikum Posens ihr lohnt, uns auch diesen Beethovenabend schenkte.

Zwei Tage später. Im Großen Theater wird — zum ersten Male in dieser Spielzeit — eine Wagner-Oper gegeben, die „Walküre“. Und das Große Theater ist — halb leer. Und auch das deutsche Publikum glänzte wieder größtenteils durch Abwesenheit.

Die Partien der Oper sind zum Teil neubesetzt. Siglinde, Brünhilde, Fricka sind die Damen Jakubowska, Szafrańska, Lenczewska. Den Sigmund singt, wie im vergangenen Winter, Herr Bedlewicz, den Hunding jetzt Herr Tarnawski. Herrn Urbanowiczs gesanglich vortrefflicher Wotan ist bekannt und auch an dieser Stelle schon früher gewürdigt worden. Im ganzen ist die Aufführung, was die Gesangssolisten betrifft, zwar nicht allerersten Ranges — was auch nicht verlangt werden kann —, steht aber auf einer anständigen Mittelhöhe und wäre selbst dann wert, besucht zu werden, wenn es sich nicht um die erste Wagner-Oper in dieser Spielzeit überhaupt handelte. Vortrefflich aber und des höchsten Lobes wert ist das Orchester unter Leitung des Direktors Stermich. Kleine Entgleisungen einzelner Instrumente bei der Aufführung am Sonnabend werden sich ja vermutlich bei späteren Aufführungen nicht wiederholen. th.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Der russische Büchermarkt.** Interessante Einzelheiten über die Zustände auf dem russischen Büchermarkt erfährt man aus Arthur Luthers „Russischem Brief“ im Märzheft des „Literarischen Echos“ (Herausgeber: Dr. Ernst Heilborn, Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin). Luther schreibt: „Die neue russische Wirtschaftspolitik hat auch die russische Literatur neu belebt. Man braucht bloß den bibliographischen Teil der vortrefflich redigierten Berliner Zeitschrift „Nowaja Rußkaja Kniga“ („Das neue russische Buch“) zu mustern, und man wird in jeder Nummer Anzeigen neuer Verlagsfirmen, Ankündigungen neuer Bücher finden, die an Zahl zwar noch nicht die Menge der Vorkriegsproduktion erreicht haben, sich ihr aber langsam nähern und auch inhaltlich eine große Mannigfaltigkeit aufweisen. Allerdings hat die Medaille auch ihre Kehrseite, auf die ein sehr instruktiver Aufsatz in der Petersburger Zeitschrift „Literaturnyja Sapiski“ („Literarische Annalen“) hinweist. Die meisten neuen Bücher sind von sehr geringem Umfang — eine Folge der immer noch bestehenden Papiernot und der teuren Herstellungskosten. Die meisten Bücher werden ferner in sehr kleinen Auflagen gedruckt — das zum Teil aus dem Grunde, weil bei den ungeheuren Transportschwierigkeiten die Mehrzahl der Bücher am Ort ihres Erscheinens abgesetzt werden müssen; mit einer Verbreitung ihrer Bücher durch ganz Rußland, wie früher, rechnen die Verleger kaum noch. Da nun zu alledem auch die Bücherpreise sehr hoch sind, hoch sein müssen, so erweist es sich für den Verleger — ganz wie anderswo auch — immer noch als das Vorteilhafteste, seine Produktion dem Geschmack der Leute anzupassen, die die Bücher bezahlen können, und so sehen wir die merkwürdige und doch wieder begreifliche Tatsache, daß auf dem Büchermarkt des hungernden und notleidenden Rußland heute der Luxusdruck vorherrscht; das Buch ist zum kostbaren Spielzeug geworden; was fehlt, sind Verleger, die genügend Mittel und Kredit besitzen, um eine Massenproduktion und Massenverbreitung von Büchern zu schaffen — und doch kann nur unter dieser Bedingung, heißt es in der erwähnten Zeitschrift ganz richtig, die Literatur aus dem ästhetischen Treibhaus, in dem sie jetzt erstickt, ins Freie geführt werden, kann der Rückfall ins Analphabetentum, der großen Kreisen demokratischer Leser jetzt droht, verhütet werden. — Durch einen im gleichen Heft gebotenen Ukrainischen Brief erhalten diese Ausführungen eine willkommene und bedeutsame Ergänzung.

— **Ein wachsender Fixstern.** Großes Aufsehen erregte die Meldung, daß einer der Sterne in der Sterngruppe des Walfisches, Beth Ceti, seine Größe verändert hat, und zwar von einem Stern zweiter Größe zu einem solchen erster Größe herangewachsen ist. Der Stern ist jetzt leuchtender geworden als selbst der Aldebaran. Die Nachricht von dieser Erscheinung wurde zunächst von der französischen astronomischen Mission in Athen mitgeteilt und dann von Camille Flammarion bestätigt. Obwohl solch ein Wachstum in der Größe entfernter Sterne schon früher beobachtet worden ist, wissen die Astronomen dafür keine genauen Gründe anzugeben. Man vermutet, daß die Hitze in demselben Maße wächst wie die Leuchtkraft. Würde die Sonne einmal in ähnlicher Weise „wachsen“, dann würde die Erde unbewohnbar werden.

nahmefähigen Markt mit Obst zu versehen. Die Grundlage dieser Leistungsfähigkeit sei natürlich die Aufzucht richtig gezogener, gesunder Bäume und die energische Bekämpfung der Obstbaumschädlinge. Nachdem der Vortragende noch seine reichen Erfahrungen in der sachgemäßen Anlage einer Spargelanpflanzung und deren weiterer Behandlung mitgeteilt hatte, wurden die Einzelheiten des praktischen Teils der Veranstaltung für die beiden nächsten Tage festgelegt. Am nächsten Morgen fanden sich dann fünfzehn Teilnehmer zu den praktischen Unterweisungen im Obstbaumschnitt in der Anlage des Schriftführers der Ortsgruppe ein, die neben niedrig gezogenen Spalieren besonders Halbstämme aufweist, die freilich die Hand des formenden Gärtners seit Jahren vermissen mußten. Mit großem Eifer wurden hier bald die Anweisungen des Kursusleiters befolgt, bis die rauhe Tagestemperatur Einhalt gebot. Der nächst Tag sah dann einen noch größeren Kreis von Interessenten in der älteren Gartenanlage des Vorsitzenden der Ortsgruppe, in der besonders das Verjüngen (Zurückschneiden) älterer Bäume und das Verbinden von Baumwunden gezeigt wurde. Durch einen Schlußvortrag wurde dann das Gezeigte noch vertieft und befestigt. Darauf schieden die Teilnehmer unter Worten herzlichsten Dankes von dem verdienstvollen Vorkämpfer einer rationellen und zielbewußten Obstbaumzucht in unserem Gebietsteil, dessen Wiederkehr hier stets mit Freuden begrüßt werden wird.

ba. **Bentschen**, 26. März. Auf tragische Weise ums Leben gekommen ist hier der Eisenbahnpensionär Zierke und seine Ehefrau. Beide waren am vorletzten Sonnabend gegen Abend zur Beichte gegangen und hatten sich dann zum Schlafengehen eine warme Stube gemacht. Da im selben Hause wohnende Angehörige sie am nächsten Morgen nicht bemerkten, öffneten sie gewaltsam die Wohnung und fanden beide bewußtlos in ihren Betten. Wie sich herausstellte, war die so sehr verpönte Klappe am Ofen geschlossen, und es hatten ausströmende Kohlengase sie betäubt. Angestellte Wiederbelebungsversuche hatten nur vorübergehenden Erfolg. Nach wenigen Tagen schlummerten beide hinüber, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ein sehr zahlreiches Trauergefolge hat sie diesen Sonnabend zur letzten Ruhe begleitet.

* **Bromberg**, 26. März. Die „Deutsche Rundschau" schreibt: Der Verdacht der Kriminalpolizei, daß die in Mühltal auf ihrem Grundstück tot aufgefundene Landwirtsfrau Spajda durch ihren eigenen Mann ermordet worden ist, hat sich bestätigt. Zwar hat Sp. noch kein Geständnis abgelegt, und bestreitet überhaupt die Tat; das Beweismaterial gegen ihn ist jedoch erdrückend. Den Mord hat er mit geradezu bestialischer Grausamkeit ausgeführt. Nach der Mordtat im Hause hat der [illegible] Opfer in den Kuhstall geschleppt und es unter den Bullen geworfen. Dann machte er in der Stalldecke ein Loch, um den Anschein zu erwecken, daß die Frau vom Heustall heruntergefallen, vom Bullen zertreten worden sei. Bei dem Herüberschaffen der Ermordeten in den Viehstall ist der Mörder beobachtet worden. Nach der Tat hat er sich schnell umgekleidet und ist dann nach Jagdschütz gegangen. Bei dem Gastwirt Trzebiatowski, den er dort zuerst aufsuchte, hat er von dem Tode seiner Frau noch nichts erzählt, trotzdem er angibt, bereits gewußt zu haben, daß sie tot war. Die Qualen der Frau müssen furchtbar gewesen sein, denn als ein Landwirt einige Zeit nach der Tat auf den Hof kam, gab die Frau im Viehstall noch schwache Lebenszeichen von sich. Aus den blutigen Kleidern des Sp. und blutigen Mordwerkszeugen ist klar ersichtlich, daß Spajda der Mörder gewesen ist. Über die Beweggründe der Tat ist noch wenig bekannt. Die Ermordete hat ihren ersten Mann im Kriege verloren und heiratete vor etwa drei Jahren den Spajda, der erheblich jünger, als sie ist. Vor einigen Tagen ist auch die Mutter der Ermordeten verstorben. Wie verlautet, soll auch hier der Verbrecher seine Hand im Spiel gehabt haben. Der Mörder macht einen scheuen Eindruck. Er ist noch verhältnismäßig jung, von mittelgroßer, schmächtiger Gestalt. Haare und Augen sind dunkel.

* **Bromberg**, 26. März. Vor einiger Zeit berichteten wir von einem Überfall auf den Hilfsförster Peplinski in seinem Revier Brenkenhoff, wobei er von den Dieben niedergeschlagen und erst am nächsten Morgen in besinnungslosem Zustande aufgefunden wurde. In der Nacht zum Freitag ist P. wieder überfallen worden. Die Banditen gaben aus dem Hinterhalt zwei Schüsse auf ihn ab. Die eine Kugel verwundete ihn am linken Unterarm, während die zweite seinen Körper traf, jedoch an der Uhr abprallte. Der Verwundete begab sich in ein nahes Bahnwärterhaus, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde.

hm. **Buk**, 26. März. Auf dem evangelischen Friedhofe wurden von Dieben eiserne Zaunteile und Türen von Erbbegräbnisstellen herausgerissen, zerschlagen, über die Friedhofsmauer auf das Feld geworfen und von dort fortgeschafft. Den Dieben ist man auf der Spur. — Es ist hier vielfach beobachtet worden, daß Briefe, die von hier aus nach Deutschland geschickt werden, ihren Bestimmungsort nicht erreichen. Woran dies liegt, hat bisher nicht festgestellt werden können; bei dem hohen Auslandsporto ist es doch ganz besonders unangenehm, wenn man keine Sicherheit dafür hat, daß die Briefe auch wirklich in den Besitz des Empfängers gelangen. — Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für das Pfund Landbutter bis 16 000 M. und für die Mandel Eier bis 7000 M. bezahlt.

* **Krotoschin**, 23. März. Die „Krotosch. Ztg." schreibt: Der bisherige fast kostenlose Besuch des Staatsgymnasiums Krotoschin ist jetzt wesentlich kostspieliger geworden. Vor kurzem hatten die Schüler für das halbe Jahr den Betrag von 21 000 Mark für verschiedene Auslagen, wie Tinte u. a. zu bezahlen.

* **Lissa**, 25. März. In der Versammlung der Comenius-Vereinigung am 22. d. Mts. erklärten sich die meisten [illegible]lieder bereit, den erhöhten Jahresbeitrag (20 000 M.) zu [illegible]n, um den Zusammenhang mit der Historischen Gesellschaft [illegible] Posen aufrecht zu erhalten. Des verstorbenen Kassenwarts, [illegible]fmanns Reichert, und seines Wirkens für den Verein wurde [illegible]nkbar gedacht und an seiner Stelle der Kaufmann Purps gewählt, an den die Jahresbeiträge schleunigst abzuführen sind, damit sie noch bis zum Monatsende in Posen eintreffen. Sodann besprach der Vorsitzende, Pastor Liz. Bickerich, an der Hand der vorgelegten Jubiläumsschrift von Dr. Rauschning über Nikolaus Coppernicus, dessen Leben und Wirksamkeit und beleuchtete besonders die Stellung des Comenius zu dem Coppernicanischen System. Wenn der Theologe in ihm auch infolge seines streng biblizistischen Standpunktes die These des Coppernicus ablehnte, so hat er sich doch schon seit seiner Heidelberger Studienzeit lebenslang ernstlich mit dem ganzen Problem beschäftigt. Das ist auch ein Zeugnis für die Vielseitigkeit der Interessen und die umfassende wissenschaftliche Betätigung des großen Pädagogen. Schließlich legte der Vorsitzende das Korrespondenzbuch eines Fraustädter Kaufmannshauses aus dem Jahre 1689—1710 vor und zeichnete an der Hand desselben ein Bild von dem Großhandel, wie ihn damals deutsche Firmen in Fraustadt und Lissa bis weit nach Osten (Jaroslaw, Lemberg, Brody) und Westen (Leipzig) trieben, seinen Mühsalen, Schwierigkeiten und Gefahren und der Umsicht und Tatkraft, mit der das Unternehmen von Geschlecht zu Geschlecht fortgesetzt wurde.

K. **Neu-Teklenburg**, 25. März. Ein gewaltiges Schadenfeuer vernichtete am Freitag auf dem der Gräfin Skorzewska-Czerniejewo gehörigen Dominium Pakszyn einen großen mit Stroh gedeckten Viehstall und eine fast neue moderne Scheune aus Riegelwerk. Neben großen Futtervorräten verbrannten landwirtschaftliche Maschinen. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Das Feuer brach in der Scheune zuerst aus und gleichzeitig an den Enden. Es soll durch Fremde verursacht sein, die dort übernachteten.

* **Neutomischel**, 23. März. Der gestrige Jahrmarkt, der vom schönsten Frühlingswetter begünstigt war, war von Käufern sowie Verkäufern sehr gut besucht, und es entwickelte sich ein reger Marktverkehr. Auf dem Viehmarkt war viel Vieh zum Verkauf gestellt, jedoch war das Geschäft sehr ruhig, so daß viele Verkäufer ihr Vieh unverkauft nach Hause treiben mußten. Es wurden gezahlt: für Pferde 1. Kl. 4 bis 5 Mill. M., 2. Kl. 3 bis 4 Mill. M., Arbeitspferde 2 bis 3 Mill. M.; Kühe 1. Kl. 2 bis 2½ Mill. M., 2. Kl. 1 Mill. bis 1 800 000 M., 3. Kl. 1 bis 1½ Mill. M. Auf dem Krammarkte herrschte ein lebhaftes Geschäft, die Preise waren immer noch ziemlich hoch, doch wurde flott gekauft, so daß die Händler mit ihren Einnahmen zufrieden sein konnten.

* **Pakosch**, 25. März. Das Brückengeld für Überschreiten der Netzebrücke bei Pakosch ist erhöht worden, und zwar wird für leichte Fuhrwerke 50 M. und für schwere 100 M. für das Pferd erhoben.

* **Znin**, 26. März. Bei der letzten Holzversteigerung kam Klobenholz bis auf 80 000 Mk. das Raummeter. Die Klafter Stubben brachte 100 000—130 000 Mk., Stangen 4000—10 000 Mk. und mehr das Stück.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau**, 24. März. Die hiesigen Polizeibehörden scheinen recht energisch gegen Wucherer und Schieber vorzugehen. Dem „Przegl. Wiecz." zufolge ist man einer großen Mehlschiebung auf die Spur gekommen, in die eine ganze Reihe von Krakauer Bäckern verwickelt sein soll. Das Mehl wurde zu einem großen Teile gefälscht und das daraus gebackene Brot war nicht nur minderwertig, sondern auch gesundheitsschädlich. Ganz allgemein soll auch das Gewicht des Brotes, vor allen Dingen der Weißbrötchen, nur selten gestimmt haben. Die Schuldigen sehen einer harten Bestrafung entgegen. Gleichzeitig sind mehrere geheime Magazine mit Lebensmitteln aufgedeckt worden, in denen größere Mengen notwendiger Bedarfsartikel aufgespeichert waren, um die Preise künstlich in die Höhe zu treiben. Die Nachforschungen haben belastendes Material für einige größere Geschäfte zutage gefördert.

Aus dem Gerichtssaale.

* **Inowroclaw**, 21. März. Die Strafkammer verurteilte einen gewissen Skoblewski, der auf dem Wege von Inowroclaw nach Montwy Raubüberfälle verübt hatte, zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Der Verurteilte hatte besonders Leute aus Kongreßpolen beraubt, die in Inowroclaw Einkäufe gemacht hatten und sich auf dem Nachhausewege befanden.

* **Inowroclaw**, 23. März. Für die Ermordung ihres Kindes wurde von der Strafkammer die unverehelichte T. aus Argenau zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für dieses Verbrechen 2 Jahre Gefängnis beantragt, doch erkannte das Gericht auf mildernde Umstände.

Sport und Jagd.

V **„Pogoń"—„Poznania"**. Am vergangenen Sonntag spielte „Pogoń" gegen „Poznania" und gewann im Verhältnis 3 : 2 nur durch sein aufopferndes Spiel. Besonders Kulawiak opferte sich für die Farben seiner Mannschaft auf. Zeitweise trug das Spiel der Pogonianer nervösen Charakter, was die erregten Zurufe vor dem Tor der Roten beweisen. Daß „Poznania" durch zwei schöne Tore in Führung ging, brachte die „Pogoń"-Leute aus der Fassung. Erst nachdem das erste Tor für „Pogoń" getreten war, kamen die „Pogonianer" zu sich. Der Torwächter der Roten zog sich gleich zu Beginn des Spiels infolge seines ungestümen Draufgehens eine Verstauchung am Schlüsselbein zu und war von da an nur noch ein halber Mann. Sonst hätte „Pogoń" unter keinen Umständen gewonnen, obwohl sie sehr aufopfernd spielte. Der Tormann von „Pogoń" rettete in den letzten Minuten, wo bei einem Torstande von 3 : 2 zugunsten von „Pogoń" ein erbitterter Kampf um den Ausgleich geführt wurde, mehrere gefährliche Situationen. Den Roten, deren Spiel einen sympathischen Eindruck hinterließ, hätte man einen Ausgleich gegönnt. Die Pogonianer konnten dadurch, daß sie manche todsichere Positionen verpaßten, den Sieg nicht größer gestalten. Das Spiel, das einen interessanten Verlauf nahm, leitete Herr Mallow, der zuweilen zweifelhafte Abseitsstellungen als „Abseits" abpfiff, während er wirkliche Seitsstellungen durchgehen ließ. Sonst trat er mit der nötigen Energie auf, auch gegenüber einem beleidigenden Zuruf aus der Zuschauermenge.

V **A. Z. S.** konnte durch schönes Kombinationsspiel und blendende Verteidigung, in der sich vor allem der Torwächter Brzezinski auszeichnete, gegen die Unionisten mit 2 : 1 gewinnen und damit wohl fast allen Posener Sportsleuten eine angenehme Überraschung bereiten. Klepacki zeichnete sich durch gute Technik aus. Sonst wäre noch Bestynski als Mittelläufer besonders zu erwähnen.

V **„Warta"** gewann in Ostrowo gegen „Ostrovia" mit 5 : 0. Nach der Pause konnten die Wartaner den bereits in der ersten Halbzeit erzielten fünf Punkten infolge der aufopfernden Verteidigung der Ostrowoer keinen weiteren hinzufügen. „Warta" spielte mit zwei Ersatzleuten, „Ostrovia" komplett.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Goplana A.-G.** (Ohne Gewähr.) Die Gesellschaft hielt am 10. März ihre Generalversammlung ab. Ihre Bilanz wies ein außerordentlich günstiges Bild auf. Der Reingewinn betrug auf das (allerdings nur 20 Mill. M. betragende) Aktienkapital 850 Proz. Dabei sind die Immobilien einschl. des Wohnhauses und alle Mobilien auf je eine Mark abgeschrieben worden. Die guten Erträgnisse sind in der Hauptsache infolge der großen Umsätze erzielt worden, allerdings hat auch die herrschende Konjunktur wesentlich dazu beigetragen. Die Versammlung hat folgende Verteilung der Gewinne beschlossen: 505 Proz. Dividende (oder dafür auf eine alte Aktie zwei junge à 250 Proz. und 5 Proz. in bar). Ferner auf eine alte Aktie vier junge à 250 Proz. und auf zwei alte eine junge zu 300 Proz. mit zehnfachem Stimmrecht, Namensaktien, die nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übertragbar sind. Das geringe Aktienkapital von 20 Mill. M. konnte den Anforderungen infolge der großen Umsätze keineswegs entsprechen. Die Bilanz wies daher 60 Mill. M. Bankschulden und 92 Mill. M. Kreditoren auf. Demzufolge mußte das Aktienkapital auf eine entsprechende Höhe gebracht werden, und die Versammlung beschloß, es von 20 auf 150 Mill. M. zu erhöhen. Das Agio, das sich durch die Ausgabe der jungen Aktien ergibt, dürfte rd. 160 Mill. M. betragen, so daß für dieses Geschäftsjahr das Aktienkapital 150 Mill. M. und die Reserven von Hause aus rd. 180 Mill. M. betragen werden. Die Umsätze in den ersten zwei Monaten d. Js. übersteigen diejenigen der ersten zwei Monate des Vorjahres ganz bedeutend.

= **Browary Grodziskie T. A.** Die in der Generalversammlung am 12. März vorgelegte Bilanz wies bei einem Aktienkapital von 26 Mill. M. einen Reingewinn von rund 26 Mill. M. auf. Die Aktionäre erhalten 50 Proz. Dividende. Der Rest des Gewinnes verteilt sich auf Tantieme, Reservefonds, Wohltätigkeit usw. Bekanntlich ist das Aktienkapital für das laufende Geschäftsjahr um 59 Mill. M., nämlich von 26 auf 85 Mill. M. erhöht worden, das ab 1. Januar 1923 an der Dividende teilnehmen wird. Das verflossene Geschäftsjahr hat den gehegten Erwartungen nicht ganz entsprochen. Der Sommer war kalt. Der Absatz nach Deutschland gestaltet sich immer schwieriger. Man will daher den Vertrieb des Bieres in Kongreßpolen und in Kleinpolen mehr ausbauen. Von den vorhandenen Brauereien ist das ganze Jahr hindurch nur ein kleiner Teil in Betrieb gewesen.

= **Der polnische Holzmarkt.** Auf dem Warschauer Holzmarkt wurden in der letzten Woche folgende Preise notiert: Vorjähriges Kiefernlangholz 110—115 000 M., vorjähriges Tannenholz 100 000 M., Kiefernlangholz (neuen Schlages) 120—125 000 Mk., Tannenlangholz (neuen Schlages) 110 000 M., Kiefernexportrundholz 180—185 000 M., Tannenexportrundholz 160—165 000 M. je Kubikmeter. In der letzten Woche war die Nachfrage nach Rundholz seitens der Sägewerke etwas belebter bei mäßig steigender Tendenz. — Telegraphensäulen, kürzere 80 000 M., längere 90- bis 95 000 M., Grubenholz 70—75 000 M., Kiefernbohlen englischen Typs, stärkere 360—370 000 M., schmälere und schwächere 310- bis 315 000 M., Tannenbohlen, breitere und stärkere 320—325 000 M., schwächere und schmälere 280—285 000 M., kieferne Bretter (Tischlerholz 350—400 000 M., kieferne Baubretter 210—215 000 M., Tannenbaubretter 190 000 M. Holz für Papierschleifereien wurde in großen Mengen für Ostpreußen für die Stumeschen Zellulosefabriken verkauft, wobei 2½ Dollar je Kubikmeter erzielt worden sind. Eisenbahnschwellen 23 000 M. je Stück, kieferne Sleeper 35 000 M. je Stück.

= **Bevorstehende polnische Holzausfuhrverbote.** Auf der Sitzung des Wirtschaftskomitees des polnischen Ministerrates vom 19. März wurden zwei Anträge über die Neuregelung der Holzausfuhr angenommen. Der erste Antrag betrifft das Ausfuhrverbot für alle Arten von unbearbeitetem Holz. Diese Holzarten werden in die Liste der ausfuhrverbotenen Waren aufgenommen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß das Haupt-Ein- und Ausfuhramt Ausfuhrgenehmigungen ohne meritorische Prüfung der Anträge ausgeben werde, und zwar unter Einziehung einer Gebühr für die Ausstellung der Genehmigung in Höhe von 5 Prozent des Wertes.

Der zweite Antrag bezieht sich auf Weichholz, das mit einer 40prozentigen Gebühr belegt wird, die vom Ausfuhrgewinn berechnet wird. Unter Umrechnung in die Goldwährung werden die 40 Prozent des Ausfuhrgewinnes durchschnittlich 1 Schilling von jedem Kubikmeter betragen, bzw. ein Sechstel bis ein Siebentel Schilling von 100 Kilogramm Holz, also etwa 0,20 polnische Zloty.

Die Beschlüsse haben, wie die „Gaz. Warsz." erfährt, lediglich den Zweck, die Möglichkeit zu geben, die aus dem Export genommenen fremden Valuten zu erfassen. Das ausfuhrfreie Holz bleibt selbstverständlich von dieser Klausel befreit. Die Erhebung der Ausfuhrgebühren für an sich ausfuhrverbotene Waren geschieht auf Grund des Gesetzes über den Warenverkehr vom 15. Juli 1920. Das polnische Finanzministerium hat die Polnische Landesdarlehnskasse mit der Überweisung der Ausfuhrvaluten beauftragt.

= **Die Kartoffelpreise in Danzig.** In der letzten Sitzung der Preisnotierungskommission für Speisekartoffeln wurden notiert je Zentner: Erzeugerpreis ab Hof 3500—4000 M., Großhandelspreis frei Waggon Danzig 4500—5000 M., Kleinhandelspreis in der Stadt Danzig 6500—7000 M. Tendenz sinkend. In den Preisspannen sind Bahnfrachten, Fuhrlöhne und Gewichtsverluste miteinbegriffen.

= **Der Ankauf von Gold und Silbergeld** durch die Deutsche Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preise von 85 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 42 500 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 1800fachen Betrage des Nennwertes.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	23. März	26. März
Bankaktien:		
Bank Centralny I.—III. Em.	—,—	1950
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk Em.	650	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VII. Em.	—,—	2650
Bank Przemysłowców I. Em.	—,—	850
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1825—1800	1800
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	1100	1000
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	—,—	600
Bank Młynarzy	—,—	325
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	2050—2100	2100
R. Barcikowski I.—IV. Em.	—,—	850
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	11 000—11 500	11 500—12 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	1900—2000	2000
H. Cegielski I.—VIII. Em.	10 000—10 300 bis 10 200	10 200—10 000
Centrala Rolników I.—V. Em.	700—725	700
Centrala Skór I.—IV. Em.	2150	2050—2000
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1100	1100—1150
Hartwig Kantorowicz I. Em.	—,—	7000—6500
Hurtowina Drogeryjna	300	300
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	275—300	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	3850-3950-3900	4000—3900
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-II.	49 000	50 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	19 000—20 000	20 000
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	4200	—,—
Młyn Ziemiański I. Em.	1700	1700
Orient I.—II. Em.	—,—	500
Płótno I.—II. Em.	1050—1200	—,—
Papiernia, Bydgoszcz (exkl. Kup.)	—,—	2000
Patria I.—VII. Em.	1100—1000	1000
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	5150-5400-5300	5225-5350-5300
Spółka Stolarska I.—II. Em.	4000	4000
Sarmatia I.—II. Em.	2900	2900
Słoma I. Em.	800	—,—
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	1500	1400
Tkanina I.—III. Em.	1350	—,—
Tri	1250-1150-1200	1200—1250
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	4000-3900-4100	4100—4200
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	2000—1950	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	14 000	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	900	900—1050
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	4200	4300

Valuten und Devisen:
Dollar der Vereinigten Staaten 44 250. Pfd. Sterling 204 000. Auszahlung Berlin 210. Vom 26. d. Mts. ab wird „Nachfrage" „Angebot" oder „Umsatz" nicht mehr notiert.

Warschauer Börse vom 26. März.

Devisen:

Belgien	2420—2410	Paris	2830—2815
Berlin	2.09—2.07	Schweiz	8175—8075
Danzig	2.08—2.07	Wien	63—62½
London	207000—199750	Neuyork	43 400—42 750

Berliner Börsenbericht

vom 26. März.

Disk.-Komm.-Anleihe	10 600.—	Polnische Noten	49.75
Danz. Priv.-Aktienbank	7 000.—	Auszahlung Holland	8 250.—
Hartmann Masch.-Aktien	14 900.—	„ London	98 900.—
Phönix	53 500.—	„ Neuyork	20 915.—
Schuckert	38 000.—	„ Paris	1 341.50
Hapag	43 400.—	„ Schweiz	3 861.—
3½% Pos. Pfandbriefe	200.—	Ungarische Goldrente	57 000.—
Auszahlung Warschau	49.25		

Danziger Mittagskurse vom 27. März.

Die polnische Mark in Danzig ... 48½—49
Der Dollar in Danzig .... 20 900—21 000

Neues vom Tage.

§ **Ein weiblicher Sonderling.** Vor einigen Tagen wurde in Groß-Corbetha die Witwe des Inspektors Schaper tot aufgefunden. Der Tod muß schon in den Weihnachtsfeiertagen eingetreten sein. Die Frau lebte nur von Brot und rohen Mohrrüben. In ihrer Wohnung fand man nicht eine Kohle vor. Sie lebte im Wahn, daß sie mit ihrem Gelde nicht mehr auskomme; dabei hinterließ sie eine Doppelvilla mit Gartenland, Einrichtung für zehn Zimmer, Gold Silber, silberne Bestecke, goldene Ringe, nagelneue Stoffe, Bettzeuge usw. Vieles davon ist verdorben und verstockt. Im Misthaufen fand man zentnerweise rohen Kaffee, Bohnen, Erbsen, Kakao und Schokolade; unter den Betten hing etwa ein Zentner Wurst.

§ **Röntgenaugen.** Die spanische Zeitung „Imparzial" bringt die etwas phantastisch klingende Meldung, daß die beiden Söhne eines spanischen Edelmannes eine so merkwürdige Bildung der Augen besitzen, daß sie durch Metall hindurchsehen können. Bei Prüfungen, die vor Sachverständigen in Madrid stattfanden, lasen sie Briefe und beschriebene Gegenstände, die in Kästen von Silber, Messing und Eisen eingeschlossen waren. Durch Papier oder Porzellan können sie nicht sehen.

§ **Schneesturm in den Vereinigten Staaten.** Nach einer Neuyorker Meldung wütet seit einigen Tagen in den Vereinigten Staaten ein furchtbarer Schneesturm. Mehrere Züge sind eingeschneit, zahlreiche Personen erfroren.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Fr. S. in K. 1. Der Gläubiger ist unter Umständen zu seinem Vorgehen berechtigt. 2. Zur Forderung der Zahlung der Hypothek in Goldwährung ist der Gläubiger nicht berechtigt; dagegen kann der Gläubiger in Deutschland nicht gezwungen werden, seine in Gold gewährte Hypothek in polnischer Valuta nach dem Grundsatze Mark gleich Mark anzunehmen.

G. N. in K. Wir halten diese Möglichkeit nicht für ausgeschlossen. Auf jeden Fall raten wir Ihnen, weder zu verkaufen noch das Grundstück gegen ein anderes zu vertauschen.

W. L. 10. Ihr Besitztum ist nicht liquidierbar.

O. R. in Gn. Sie irren, wenn Sie behaupten, daß Ihre Anfrage vom 2. d. Mts. bisher nicht beantwortet worden ist. In Nr. 51 des „Pos. Tagebl." vom 4. März finden Sie vielmehr folgende Auskunft: Dagegen gibt es kein Mittel; wir halten auch nach unserer persönlichen Erfahrung jeden Schritt für aussichtslos."

J. Kl. in M. Die Bank ist mit ihrer Forderung in ihrem Rechte. Zu einer brieflichen Beantwortung Ihrer Anfrage liegt kein Anlaß vor.

K. in S. 1. Da der Sohn Ihres Freundes weder von hier angesessenen deutschen Eltern geboren noch seit dem 1. Januar 1908 hier ständig ansässig gewesen ist, gilt er zweifellos als Reichsdeutscher. 2. Eine andere Möglichkeit als durch Mitgabe mit einem Abwanderer besteht nicht. Die Einfuhr der Gemälde ist zurzeit ganz ausgeschlossen. 3. Das können wir Ihnen nicht sagen.

E. F. in St. 1. Die Grundstücke sind nicht liquidierbar. 2. Da Sie in Kongreßpolen geboren sind, gelten Sie als polnische Staatsbürgerin. 3. Ja. 4. Ja.

Spenden für die Altershilfe.

K. Z., ein alter Freund der Altershilfe, gab als 10. Rate als Osterspende	20 000.— M.
Vortrag aus Nr. 66	364 020.— „
zusammen . . .	384 020.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Die General-Versammlung

der unterzeichneten Genossenschaft
wird
am Donnerstag, dem 12. April 1923,
nachmittags 5 Uhr,
im kl. Saale des **Hotel Eldorado** abgehalten werden.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Konstituierung der Versammlungsleitung.
2. Berichterstattung des Vorstandes über den Kassenstand.
3. Berichterstattung des Aufsichtsrates und der Revisionskommission.
4. Annahme der Bilanz und Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
5. Gewinnverteilung.
6. Entschädigung des Aufsichtsrates.
7. Wahl von fünf Aufsichtsratmitgliedern. [6319
8. Anträge ohne Beschlußfassung.

Die Bilanz liegt vom heutigen Tage im Geschäftslokale der Genossenschaft zur Einsicht der Genossen aus.

Szamotuły, den 23. März 1923.

Kasa Pożyczkowa Spółdzielnia z nieogr. odpow. **w Szamotułach.**

Der Aufsichtsrat
B. Zawadzki. K. Scholl.

Auf Verlangen von der statutenmäßig vorgesehenen Anzahl von Mitgliedern wird eine
außerordentliche Generalversammlung
des Posener Provinzialvereins gegen die Wanderbettelei
auf Dienstag, den 10. April 1923,
vormittags 11 Uhr
im **Starostwo Krajowe in Poznań** hiermit angesetzt.

Tagesordnung:

1. Wahlen von Vorstandsmitgliedern. 6307
2. Angelegenheit des Verkaufs von Laski.

K. Freiherr von Massenbach, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Hiermit den Herren Arbeitgebern und Versicherten zur gefl. Kenntnis, daß vom 10. d. Mts. der IX. Nachtrag zum Statut der Krankenkasse der Stadt Poznań vom 1. Oktober 1920 erschienen ist, und zwar zwecks neuer Einteilung der Versicherten auf 31 Gruppen zum Verdienst, maßgebend zur Bezeichnung der Höhe der Unterstützung und Beiträge.

Der Nachtrag, welcher vom 1. April d. Js. in Kraft tritt, wurde durch den Vorstand und den Kassenausschuß einstimmig beschlossen sowie durch das Oberversicherungsamt am 20. März 1923 bestätigt und wird den Herren Arbeitgebern im Laufe dieser Woche zugesandt oder kann in unseren Büros Pocztowa 8 abgeholt werden.

Poznań, den 21. März 1923.

Vorstand der Krankenkasse der Stadt Poznań. (6339

Motor,

Benzol — Spiritus — Naphtha,
ca. 12 PS., nur sehr gut erhalten, **kauft** und bittet um Off.
Herrschaft Jabłkowo, p. Popowo kościelne. 6340

Tempel des Vereins der wohltätigen Freunde.

סיום לבכורים mit Vortrag

Donnerstag, den 29. März, morgens 6¾ Uhr.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende Werke und Zeitschriften:

Merz, Zwischen den Zeiten in Gemeinschaft mit Karl Barth — Fr. Gogarten — Ed. Thurneysen.
Burkhardt, Hensteche. Humoristischer Roman.
C. v. Vogelsberg, Der Herr aus Java. Humoristischer Roman.
Herzberg, Baroneß Kläre. Roman.
Dr. Marzell, Neues illustriertes Kräuterbuch.
Sprecher, Donna Ottawia. Historischer Roman aus dem 1. Drittel des 17. Jahrhunderts.
Cartlidge, Oelmalerei.
Richter, Tiefbrand. Anleitung zur Tiefbrenntechnik.
Weber, Der Tabak im Anbau und in der Verarbeitung.
Buchhorn, Margot Helmers, Roman.
Zola, Der Zusammenbruch.
Kriek, Philosophie und Erziehung.
Nestle, Die Vorsokratiker.
Nestle, Die Sokratiker.
Nestle, Die Nachsokratiker.
Bungartz, Die Gans, ihre Zucht, Haltung, Pflege, Fütterung mit 16 Abbildungen.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und **Westermann's** Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. —** Deutsche Jägerzeitung. — **Die Gartenlaube. — Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung. — Elegante Mode** (14tägig), 1 Nummer 1500 M., freibleibend, nach auswärts mit Portozuschlag.

Sämtliche Bestellungen,
auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir direkt an uns zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Wir empfehlen zu günstigen Preisen sofort ab Lager:

Drillmaschinen
Fabrikat Dehne, Ventzki, Epple u. Buxbaum,
Düngerstreumaschinen
Fabrikat Westfalia u. Walbet,
Hackmaschinen
System Woolnough,
Pflüge, Kultivatoren, Eggen, Walzen, Kartoffelpflanzloch-, Zudeck-, Sortiermaschinen, Gras- und Getreidemähmaschinen.

Meccentra, Maschinen-Zentrale T. z o. p.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13. (6330

Zu verkaufen:

1 vierreihige Osterlandsche **Kartoffel-Zudeckmaschine,**
1 Schütz & Becke'scher **Fünfscharpflug,**
1 starker Wendepflug,
1 dreiteilige Cambridge-Walze,
2 Schwadenrechen,
1 Original Mayer Trieur, Nr. 1 mit Reservezylinder,
1 Milchkühler, [6333
1 Balance-Zentrifuge.

Vorstehende Maschinen sind wenig gebraucht und auf meinem Lager zu besichtigen.

Woldemar Günter,
Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,
Poznań, Sew. Mielżyńskiego Nr. 6.
Telephon: 52-25.

Gartentische u. -Stühle
zu kaufen gesucht.
Offerten erbeten unter Nr. 13,56 an das **Annoncenbüro „Par"**, ul. Fr. Ratajczaka 8. (551

Arbeitsmarkt

Landgut in unmittelbarer **Nähe Posens**
sucht
tücht. erfahr. Hauslehrer
zur **Vorbereitung zum Einjährigen.** Anschriften unter **E. M. 6321** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für das Obornifer Zweiggeschäft
suchen wir zum **1. Juli d. J.** einen verheirateten Herrn
als Verwalter,
der durchaus kaufmännisch vorgebildet und mit dem Handel von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsartikeln unbedingt vertraut ist, Radfahrer und der polnischen Sprache mächtig sein muß. — Gehalt in Roggenwährung, Tantieme, Dienstwohnung. [6206
Obornifer landw. Ein- u. Verk.-Genossenschaft
Rogożno.

Suche zum 15. April oder 1. Mai d. J. auf **größerem Gute Stelle als**
Rechnungsführer.
Bin evangelisch, der deutschen sowie polnischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig. — Angebote bitte unt. **L. 6221** an d. Geschäftsstelle d. Blattes einzusenden.

Zu sofort oder später [6256
examinierter oder unexaminierter
Apotheker
für **Dauerstellung gesucht.** — Gehaltsansprüche und Referenzen erbeten.
C. Gross, Schwan-Apotheke, Leszno.

Suche zum 1. Juli oder 1. Oktober verheirateten
ersten Beamten,
der nach gegebenen Dispositionen selbständig wirtschaften kann. Nur Herren, welche mit Erfolg in intensiven Rübenwirtschaften gearbeitet haben und die polnische Sprache beherrschen, bitte ich lückenlosen Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Bild einzusenden. (6289
Claassen, Wronów
Post und Bahnstation Wolenice, powiat Koźmin.

Suche für sofort Diener,
der Militärzeit beendet hat. Gute persönliche Empfehlungen Bedingung. Lebensstellung. [6306
Scholz, Witnchowo, p. Kwilcz (Poznań.)

Ordentliches, fleißiges Mädchen
für **Küche und Haus** für meinen kinderlosen Haushalt
zum 15. April gesucht. [6222
Frau Fabrikbesitzer Masur, Rawicz,
Waly Poniatowskiego 5.

Suche Stellung als
Administrator
oder **selbständiger Beamter.** Bin mit hiesigen Verhältnissen durchaus vertraut. Gefl. Angebote unt. **P. T. 6334** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche ab 1. April 1923
Stellung
als Beamter oder Assistent
(4jährige Praxis). —Offerten unt. **H. J. B. 6303** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Sofort beziehbares
Wohnhaus!
In einer Mittelstadt von 80 000 Einwohnern,
nahe Berlin,
neuerbautes Wohnhaus
im Villenviertel
der Stadt zu verkaufen. **Darin frei eine sofort beziehbare u. beschlagnahmefreie Wohnung** von 7 Zimmern nebst Küche und Bad, elektr. Licht, Gas, dazu ein Garten von ¾ Morgen mit etwa 20 älteren Obstbäumen. Grundstück hat Auffahrt. **Kaufpreis 75 Millionen Mk.** Heutiger Erbauungswert laut amtlicher Taxe mindestens 150 Millionen Mk. Kapitalkräftige Reflektanten wollen sich unter **J. D. 6059** wenden an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.** (4074

Werkmeister
für **Reparaturwerkstatt,** der **polnischen** und **deutschen Sprache** mächtig, z. **1. April gesucht.** Offert. mit Zeugnissen u. Gehaltsansprüchen an die **Auto-Centrale Grudziądz** erbeten.

Tüchtigen Stellmacher
verlangt (6338
Lemke,
Rogożno.

Suche zum **1. April** d. Js. zuverlässigen, der polnischen Sprache mächtigen
Hofverwalter.
Meldungen u. **R. T. 6328** an die Geschäftsst. d. Bl.

Nach **Deutschland** sucht: Deputatfam. m. Hofegänger, Dienstperson., Saisonarb. usw. **Marie Schneider,** Mietsbüro, **Poznań, św. Marcin 48.** (Rückporto). (6217

Stellengesuche

Suche für meine 20jährige Schwester, die **besseres Kochen erlernen** möchte eine **passende Stelle** auf dem Lande oder in der Stadt, evtl. mit Vergütung meinerseits. Angeb. erb. u. **6335** a. d. Geschst. d. Bl.

Für m. Sohn, der in großer Brennerei u. Flockenfabrik gelernt u. 3 Jahre als
Unterbrenner
tätig ist, der auch zum Teil den gesamten Betrieb selbständig leitet, sucht zum 1. Juli d. J. Stellung. Derselbe ist mit elektrischem Licht vertraut, auch in schriftlichen Arbeiten bewandert. Off. u. **K. 6216** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.